

**Das Abonnement**  
auf dies mit Ausnahme der  
Sonntage täglich erscheinende  
Blatt beträgt vierteljährlich  
für die Stadt Posen 1 1/2 Thlr.,  
für ganz Preußen 1 Thlr.  
24 1/2 Sgr.  
**Bestellungen**  
nehmen alle Postanstalten des  
In- und Auslandes an.

# Posener Zeitung.

**Inserate**  
1/4 Sgr. für die fünfgepal-  
tene Zeile oder deren Raum,  
Reklamen verhältnismäßig  
höher, sind an die Expedi-  
tion zu richten und werden  
für die an demselben Tage er-  
scheinende Nummer nur bis  
10 Uhr Vormittags an-  
genommen.

## Amtliches.

Berlin, 10. April. Se. Majestät der König haben Allerhöchstdiät ge-  
ruht: Dem Recepturbeamten, Hofammerrath Stahl zu Limburg, den Rother  
Adlerorden vierter Klasse und dem Proviantmeister, Rechnungsrath Rose-  
mann zu Breslau, den königlichen Kronen-Orden vierter Klasse zu verleihen.

## Telegramme der Posener Zeitung.

Paris, 9. April, Abends. (Verspätet eingetroffen.) Die  
„Preise“ veröffentlicht eine Adresse von Luxemburgern an den König  
von Holland, in welcher dieselben den Anschluß an Frankreich  
fordern.

Paris, 10. April. Wie es heißt, hätten die Bureaus des ge-  
setzgebenden Körpers die Genehmigung zu den Interpellationen  
verweigert.

Die direkte Depesche mit den Pariser Schlusskursen ist noch  
nicht eingetroffen.

Paris, 10. April. Die Interpellationen der Opposition und  
Thierspartei wurden verworfen, die dritte zurückgezogen. Der  
„Abend-Moniteur“ bemerkt in seiner Wochenrundschau, die Erklä-  
rung der Regierung im gesetzgebenden Körper bezwecke Beruhigung  
und Aufklärung der öffentlichen Meinung und die Wiederherstel-  
lung wirklicher Thatsachen, welche entstellte seien durch die Jour-  
nale. Er schließt, Frankreich wird verstehen, die Anforderungen  
der nationalen Würde mit den Interessen und dem Gefühl der  
Räpigung und Gerechtigkeit zu vereinbaren. Der „Temps“, „Siecle“  
und andere Journale sprechen für die Neutralisirung Luxemburgs.

Florenz, 10. April. Die Kombination Rattazzi's ist ge-  
scheitert. Derselbe konferierte des Morgens mit dem Könige, um  
einen definitiven Beschluß zu fassen.

## Deutschland.

**Preußen.** Berlin, 10. April. Der Ernst der Lage kann  
unmöglich mehr verkannt werden. Noch scheint es indeß für den  
Fall eines kriegerischen Zusammenstoßes sich wenigstens vorläufig  
nur um den Kampf allein zwischen Frankreich und Preußen zu han-  
deln; denn nichts deutet bisher sowohl in Oestreich wie in Italien  
auf Vorbereitungen, woraus etwa zu schließen wäre, daß diese  
Mächte gleich unmittelbar für den einen oder anderen streitenden  
Theil Partei ergreifen werden. Belgien sucht Neutralität, England  
hat seinen antheillosen Standpunkt bereits ausgesprochen. Wie  
hat Dänemark sich verhalten wird, steht allerdings noch dahin. Nur  
eine militärische Nachricht entspricht nicht unbedingt dieser Anthei-  
losigkeit des Auslandes und wäre geeignet zu denken zu geben.  
Nachdem schon im Februar d. J. russischerseits die Erbauung eines  
neuen Forts bei Warschau und die Armirung der Citadelle dieser  
Hauptstadt mit schweren gezogenen Geschützen angeordnet worden  
war, ist jetzt auch der Befehl zur Armirung mit eben solchen Ge-  
schützen für alle übrigen polnischen festen Plätze erfolgt. Was Frank-  
reich angeht, so beginnen die nie sehr reichlichen militärischen Nach-  
richten noch spärlicher als früher zu fließen. Hier wird die Wieder-  
aufrichtung der mobilen Nationalgarde als eine der nächst zu er-  
wartenden französischen Maßregeln betrachtet und gilt als aus ge-  
macht, daß die vierten oder Depot-Bataillone der Regimenter die  
Rahmen zu deren Aufrichtung bieten werden. Ebenso wird für das  
weitere Vorschreiten der kriegerischen Verwicklung eine Extra-Aus-  
hebung von 100,000 bis 160,000 Mann erwartet, welche mit dem  
Rest der mobilen Garde zur Errichtung fünfter Bataillone und  
überhaupt der Ersatzabtheilungen verwendet werden würden. Vier-  
zehntausend Mann sollen aus Algier nach Frankreich zurückberufen  
worden sein und noch 12,000 Mann der dort stehenden Truppen,  
darunter die beiden Zavenregimenter Nr. 1 und 3 und die zwei  
dort in Garnison befindlichen Chasseurs d'Afrique-Regimenter (die  
dritten Regimenter dieser beiden Waffengattungen befanden sich mit  
in Mexiko) die Befehle empfangen haben, sich ebenfalls für die Rückbe-  
rufung bereit zu halten. Die gesamte Infanterie der kaiserl. Garde  
(31 Bataillone) wird mit Chassepot-Gewehre ausgerüstet und das-  
selbe soll auch mit den drei im Lager von Chalons stehenden Infan-  
teriedivisionen (39 Bataillone) der Fall sein. Die Zahl der fertigen  
und in den Arsenalen vorräthigen Gewehre dieser Art wird auf  
275,000 Stück angegeben.

Eine Vertheilung der aus Rom zurückgezogenen französischen  
Truppen (13 Bataillone, 2 Eskadronen, 2 Batterien) an die ein-  
zelnen französischen Militär-Inspektionen hat noch nicht stattgefun-  
den, sondern diese waren vorläufig den Garnisonen im Süden  
und Südwesten von Frankreich beigegeben. Dasselbe gilt für  
den Norden in Betreff der aus Mexiko angelangten Truppen (26  
Bataillone, 12 Eskadronen, und 8 Batterien.) Nach einigen Nach-  
richten soll aus den ehemals belgischen und österreichischen Freiwilligen  
welche früher den Stamm einer eignen mexikanischen Armee zu  
bilden bestimmt waren und von denen jedoch wieder 1900 Mann  
in Cherbourg eingetroffen sind, ein drittes und geeignetes Falls ein  
viertes Fremden-Regiment errichtet werden, welche zunächst die Be-  
stimmung erhalten würden, für die aus Algier fortgezogenen natio-  
nal-französischen Truppen als Ersatz zu dienen. Auf vollem Kriegs-  
fuß würden die kaiserliche Garde, die drei Infanterie-Divisionen  
und 1 Kavallerie-Division im Lager von Chalons und die Truppen  
aus Rom, Mexiko und Algier eine unmittelbar bereite aktive fran-  
zösische Macht von 100,000 bis 120,000 Mann bilden, was aller-  
dings zu einer französischen Bedrohung Deutschlands auch nicht  
entfernt zureichen dürfte. Hier deutet noch durchaus nichts auf an-  
gestellte Rüstungen und erst Zug um Zug werden die französischen

Kriegsvorbereitungen auch die eigenen Sicherheitsmaßregeln  
bedingen. Sehr unangenehm wird empfunden, daß durch den  
unglücklichen Konflikt der letzten Jahre der deutsche Küstenschutz  
sowohl in aktiver Beziehung durch Gründung einer hierzu  
ausreichenden Flotte, wie in der Anlegung von umfassenden  
Befestigungswerken so sehr verzögert worden ist, da bei einem Kriege  
Frankreichs gegen Preußen und Norddeutschland ein Angriff von  
der Seeherseite schwerlich ausbleiben dürfte. Uebrigens würden für  
den Fall eines solchen Krieges die Feindeligkeiten für Deutschland  
auf maritimem Gebiet unzweifelhaft mit einer empfindlichen pelu-  
niären Einbuße eröffnen, indem die bei der Sociétés des forges et  
chantiers in Marseille in Bau gegebene und bis auf die letzte Rate  
bereits bezahlte preussische Panzerfregatte ganz unbedingt von der  
französischen Regierung mit Beschlag belegt werden würde. —  
Ueber das XII. (sächsische) norddeutsche Armeekorps sind die offi-  
ciellen Angaben jetzt bekannt geworden. Dasselbe besteht aus 8  
Infanterie-Regimentern und 1 Füsilier-Regiment, welche die Num-  
mern nicht, wie die früheren Angaben besagten, von 89 bis 96,  
sondern von 100 bis 108 führen. Das Regiment Nr. 100 ist das  
sächsische Leib-Grenadier- und das Nr. 108 das Füsilier-Regiment.  
Die vier vorhandenen Reiter-Regimenter führen dieselbe Benen-  
nung fort, dazu treten aber noch zwei neue Ulanen-Regimenter.  
Das Artillerie-Regiment besteht aus 12 Fuß- und 2 reitenden Bat-  
terien. Die Formation dieser sämtlichen Truppen dürfte schon  
mit den nächsten Wochen ihren vollständigen Abschluß erreichen.

△ Berlin, 10. April. Der Reichstag hat heute seine Vor-  
berathung des Verfassungsentwurfes geschlossen und gleichzeitig hat  
bereits die erste Konferenz der Regierungsbewollmäch-  
tigten stattgefunden, um die vom Reichstag vorgenommenen Ver-  
änderungen in Berathung zu nehmen. Da die Regierungen meistens  
während der Dauer der Reichstagsverhandlungen durch Bevoll-  
mächtigte vertreten waren und von den Beschlüssen immer sofort  
in Kenntniß gesetzt werden konnten, so haben sie schon für die neuen  
Konferenzen die Einleitungen treffen können, und es ist dadurch  
ermöglicht, daß dem Reichstag bereits in seiner Montagsitzung  
und dem Präsidium wahrscheinlich schon früher das Resultat noti-  
fizirt werden wird. Wie ich höre, dürfte aber ein Eingehen Sei-  
tens der Regierungen auf die Amendirungen in den die Kriegs-,  
Finanzen- und Diätenfrage betreffenden Artikeln des Entwurfs  
nicht zu erwarten stehen. In diesem Sinne äußert sich heute auch  
die „Prov. Corr.“ — Bemerkenswerth ist, daß dasselbe Organ der  
Regierung auch heute noch sich in keinerlei Weise selbstständig über  
die Luxemburgische Frage äußert, sondern sich darauf beschränkt,  
wie in der vorigen Nummer die Erklärung des Grafen Bismarck  
im Norddeutschen Reichstag, so heute den weiteren Verlauf der An-  
gelegenheit und die Erklärung des Marquis de Montier im fran-  
zösischen gesetzgebenden Körper ohne Zusatzbemerkung zu registriren.  
Die Schweigeklammer des halbamtlichen Blattes möchte darauf hin-  
deuten, daß die Lage der Sache noch sehr unbestimmt ist und man  
der Erklärung des französischen Ministers eine für die Lösung der  
Frage wirksame Bedeutung nicht zuschreibt.

Preußen wird in kurzer Frist auch die Postverwaltung in im  
Königreich Sachsen übernehmen und zur Leitung derselben von  
hier einen Direktor und einen Inspektor entsenden. Die Entschä-  
digung, welche Preußen an Sachsen zahlt, ist auf 350,000 Thaler  
jährlich normirt. Nach Beendigung der Verhandlungen des Bundes-  
vertrages wird von der preussischen Regierung auch mit Schritten  
vorgewandt werden, welche eine Erleichterung des Postverkehrs be-  
zwecken. Namentlich handelt es sich um eine Herabsetzung des  
Briefpostes, wobei die Wünsche des Abgeordnetenhauses in den  
finanziellen Punkten möglichst Berücksichtigung finden werden. —  
Die Gesellschaft der Oberschlesischen Eisenbahn hatte den Wunsch zu  
erkennen gegeben, eine direkte Verbindung zwischen Berlin  
und Guben herzustellen. Es ist ihr aber ablehnend geantwortet  
worden, und zwar unter Hinweis auf die größere Dringlichkeit an-  
derer Eisenbahnbauten in Schlesien selber, namentlich der Strecke  
von Frankenstein über Reize nach Leobschütz, wie sich denn über-  
haupt eine größere Konzentration der schlesischen Bahnen empfehle.  
— Seit Anfang dieses Monats erscheint hier eine lithographirte  
französische Korrespondenz, welche, wie ich aus der mir vorliegenden  
zweiten Nummer ersehe, offenbar den Zweck verfolgt, den französi-  
schen Blättern eine richtige und unbefangene Auffassung der deut-  
schen Verhältnisse zu vermitteln. In einem Leitartikel äußert sich  
die „Correspondence de Berlin“ auch über die Stellung Preu-  
ßens in der Luxemburger Frage und weist darauf hin, daß die  
Stimmung in ganz Deutschland derart sei, daß Preußen den natio-  
nalen Standpunkt in dieser Frage auf's Energischste zu wahren sich  
veranlaßt sehen müsse und daß es also einem Andrängen Frank-  
reichs auf eine Konzession nicht im Stande sein werde zu ent-  
sprechen.

— Der heutige „Staatsanzeiger“ enthält folgende Allerhöchste  
Kabinettsordre:

Zu Meinem Geburtstage habe Ich von Gemeinden, Korporationen, Ver-  
einen, Festversammlungen und Einzelnen viele Glückwünsche, theils telegraphisch,  
theils schriftlich, zugesandt erhalten, und sind dabei nicht nur die älteren Theile  
Meiner Monarchie, sondern auch die neuen Landestheile zahlreich vertreten. Ich  
sage daher ihnen Allen hiermit Meinen herzlichsten Dank und beauftrage Sie,  
dies zur öffentlichen Kenntniß zu bringen.

Berlin, den 2. April 1867.  
An den Minister des Innern.

— Die Nachricht, daß der Prinz-Admiral Adalbert seinen  
dauernden Wohnsitz in Kiel nehmen werde, bestätigt sich nach der  
„Spen. Z.“ nicht.

— Die „N. A. Z.“ enthält heut folgende officiöse Erklärung:  
Die hiesige „Bank- u. Hand.-Zeit.“ spricht von einer nach Stuttgart

gerichteten preussischen Depesche, um der württembergischen Regie-  
rung, im Falle der mit Preußen abgeschlossene Bündnißvertrag vom  
13. August v. J. den dortigen Ständen zur „Kognition“ vorgelegt  
werden sollte, zur Erwägung zu geben, daß dieser Vertrag das un-  
trennbare Korollar des Friedensvertrages sei und daß mit dem Hin-  
fälligerwerden des Ersteren auch die Rechtsbeständigkeit des Letzteren  
sich nicht würde behaupten lassen.

Wir sind zu der Erklärung ermächtigt, daß eine solche Depesche  
nicht existirt, wie es denn auch selbstverständlich ist, daß die würt-  
tembergische Regierung wegen des mit Preußen abgeschlossenen  
Bündnißvertrages der verfassungsmäßigen Zustimmung ihrer Stände  
bedarf.

Die königliche Regierung hat ihrerseits das vollste Vertrauen  
zur Vertragstreue der württembergischen Regierung und betrachtet  
den Bündnißvertrag vom 13. August v. J. nicht als etwas Zufällig-  
ges und Willkürliches, sondern als ein nothwendiges Ergebniß der  
politischen Sachlage und des deutschen Nationalgefühls.

Die königliche Regierung ist auch der Meinung, daß der würt-  
tembergische Landtag diese Angelegenheit aus diesem Gesichtspunkte  
beurtheilen wird, da es den dortigen Ständen nicht entgehen kann,  
daß die Vortheile jenes Vertrages inzwischen eingetreten sind und  
daß Preußen so wie der Norddeutsche Bund keine Sonderinteressen  
verfolgen, sondern eine nationale Pflicht erfüllen, wenn sie die Ga-  
rantie des württembergischen Staats übernehmen, anstatt sich auf  
die zweifellos leichter ausführbare Aufgabe zu beschränken, den kom-  
pakten Zusammenhang Norddeutschlands mit eigenen Kräften zu  
schützen und Württemberg seinem Schicksale zu überlassen.

Das nationale Pflichtgefühl, welches diesem letzten Verhalten  
entgegensteht, würde von Norddeutschland nicht verletzt werden,  
wenn die Weigerung, sich an dem gemeinsamen nationalen Werke  
zu betheiligen, von Württemberg und dessen Volke ausginge.

Aber für uns liegt der Eintritt einer solchen Eventualität bei  
der Entwicklung und Stärke des Nationalgefühls im schwäbischen  
Volkstamme außerhalb aller Erwägung.

— Die „N. A. Z.“ führt in ihrem heutigen Leitartikel aus,  
daß die Luxemburger Frage eine internationale sei, da die Fe-  
stung Luxemburg nicht nur die Bestimmung habe, dem deutschen  
Bunde als Schutz zu dienen, sondern auch den internationalen Zweck  
der Garantie der belgischen Neutralität zu erfüllen. Preußen würde  
seine nationalen Verpflichtungen verletzen, wenn es die Besetzung  
aufgäbe, ohne die Zustimmung der Londoner Konferenzmächte.

— Der „Weserzeitung“ wird von hier telegraphirt: „Die Ab-  
sicht des Königs der Niederlande, die Verhandlungen über die Ab-  
tretung des Großherzogthums Luxemburg an Frankreich abzu-  
brechen, ist, wie verlautet, am Widerspruche Frankreichs gescheitert.  
Die Geneigtheit Preußens, die Angelegenheit einer die Entscheidung  
nur verzögernden Konferenz der Unterzeichner der Verträge von  
1839 zu unterbreiten, wird bezweifelt, da nach den Erklärungen des  
Grafen Bismarck die definitive Haltung Preußens wesentlich von  
den Ansichten seiner Bundesgenossen und der Volksvertretungen  
abhängig ist. Der beschleunigte Zusammentritt des preussischen  
Landtages wird mit dieser Frage in Verbindung gebracht.“

— Von der Marine ist eine entsprechende Anzahl von Offi-  
zieren behufs ihrer weiteren Ausbildung und Information auf längere  
Dauer in fremde Marinen abkommandirt. (Spen. Z.)

— Die polnischen Mitglieder des Reichstags haben  
den Vortrag des Grafen Bismarck über das polnische Volk, den die-  
ser bei Berathung des Artikel 1 des Verfassungsentwurfes (vom  
Bundesgebiet) gehalten hat, zum Gegenstand einer Beleuchtung  
vom geschichtlichen und ethnographischen Standpunkte aus gemacht.  
Ein Abdruck dieser Arbeit wird sämtlichen Mitgliedern des Reichs-  
tags zugestellt.

— Die „Zeidl. Corr.“ bringt die boshafte Notiz, daß „die  
Herren aus Hannover, welche sich hier (im Reichstage) als  
Ritter geriren, alle zusammen nicht ganz dreihundert Morgen  
Grundbesitz haben.“

— Wie der „Schwäb. Merk.“ erzählt, kommen nächste Woche  
etwa 400 Mann Soldaten in Hohenzollern an, welche theils  
auf der Burg Hohenzollern, theils in Hechingen und dessen Umge-  
bung untergebracht werden.

— Die „Post“ erhält von vollkommen zuverlässiger Seite die  
Nachricht, daß Frankreich vor etwa 14 Tagen der österreichischen Re-  
gierung ein Offensivbündniß gegen Preußen angeboten hat, welches  
von Oestreich hinhaltend beantwortet wurde, indem Herr v. Beust  
überhaupt gegen ein solches Bündniß, namentlich gegen einen vor-  
zeitigen Abschluß desselben sich erklärte, während die Militärpartei,  
welche aber nicht durchgedrungen ist, solches begünstigte.

— Dem Vernehmen nach hat Rußland, „um zu seinem Theil  
zur Beruhigung der Gemüther beizutragen, in London aus freien  
Stücken die bestimmte Versicherung ertheilt, daß der Vertrag über  
die Abtretung der russischen Besitzungen im nördlichen  
Amerika, wenn er zu Stande komme — er ist also noch nicht per-  
fekt, — außer den territorialen Veränderungen keinerlei politische  
Abmachungen in sich begreife und am allerwenigsten mit Rücksicht  
auf eine spezielle Eventualität formulirt worden sei.“

Hannover, 9. April. Gestern stand vor dem ersten großen  
Senat des Obergerichts in der schon erwähnten Sache des Berliner  
Bankhauses Bleichröder gegen den hiesigen Banquier Berend  
wegen Herausgabe von Werthpapieren von 350,000 Thlr. Termin  
zur Publikation des Erkenntnisses an. (Die Papiere, bei der hanno-  
verschen Generalkasse deponirt, sind im Juni v. J. mit nach London  
geschafft worden.) Dem Kläger Bleichröder ist der Beweis auferlegt,  
daß er der Firma Berend die Werthpapiere zum Faustpfand über-  
geben habe; dem Beklagten, Berend, wird der Gegenbeweis dahin



nachgelassen, daß er im Auftrage des Klägers mit dem ehemaligen hannoverschen Finanzministerium kontrahirt habe, sowie der Beweis seiner Einrede dahin nachgelassen, daß er mit Einwilligung des Bleichröder die fraglichen Papiere beim ehemaligen hannoverschen Finanzministerium verpfändet habe und sich augenblicklich ohne seine Schuld nicht in der Lage befinde, diese Papiere herbeischaffen zu können. Termin zur Beweisantretung ist auf den 24. Mai angesetzt.

**Sachsen.** Dresden, 9. April. Man ist hier, nach dem gegenwärtigen Stande der Dinge, allgemein auf Krieg gefaßt. Daß etwas in der Luft liegt, möchte nicht zu leugnen sein. Es geben sich allerlei geheimnißvolle Anzeichen kund, die darauf schließen lassen, daß der politische Hintergrund der Gegenwart nicht ganz rein ist. Die Eingeziehungen der jungen Mannschaften, die zu Anfang sehr langsam vor sich ging, wird auffallend beschleunigt; ebenso die neue Equipierung nach preussischem Schnitt und die Anschaffung von Zündnadelgewehren. Die Uebergabe der Post an Preußen dürfte auch noch rascher vor sich gehen, als man erwartet, wenigstens sind die Auseinandersetzungspunkte so gut wie geregelt.

Hier will man auch nicht bedeutungslos halten, daß Graf Bismarck in letzter Zeit im Norddeutschen Reichstage mehrere Male wieder ziemlich erregt und leidenschaftlich geworden. In diesem Falle, meint man, köche wieder etwas am Herde der Zeit, man merke es am Wallen und Brodeln von des Ministers Reden.

Daß unter solchen Umständen Handel und Wandel, die noch kaum wieder aufzuleben begonnen, aufs Neue ins Stocken gerathen, liegt auf der Hand. Häuser und Grundstücke entwerthen sich, alle Unternehmungen lahmen, die Börse kommt aus der Entmutigung nicht heraus. Auch das politische Leben gelangt nicht in Zug. Es steht wie mit angehaltenem Athem auf der Lauer und lauht. Das Zusammentreten hervorragender freisinniger Männer, um die Begründung eines national-liberalen Landesvereins in Sachsen zu berathen, ist vertagt worden, weil man erst den Schluß der Verhandlungen über den Verfassungsentwurf im Norddeutschen Reichstage abwarten will. Die Mißstimmung über das Verhalten der Dresdner Abgeordneten aus dem Lager der Altliberalen ist wohl ziemlich allgemein. Prof. Wigard's Auftreten erweckt nirgends Sympathie. Es ist jedenfalls ohne Würde, und es zeigt sich hier aufs Neue, daß Semand ein Ehrenmann in jeder Beziehung, aber wenn ihm die nöthige politische Intelligenz und der unerlässliche parlamentarische Takt fehlen, auch der besten Sache doch nur verhängnisvoll sein kann. Lorbeer- und Bürgerkronen warten hier der Delegirten nicht; sie werden höchstens ein verlegenes Schweigen finden, das voraussichtlich ihre politische Thätigkeit schließt.

Der Zusammenschluß der hiesigen fortschrittlichen Partei, d. h. derjenigen Partei, die auf der Basis der Centralgewalt und Befestigung der staatlichen Einheit in Deutschland dringt, zu einem organisch gegliederten Verein scheint eine beschlossene Sache. Es haben Beratungen zu diesem Zweck bereits stattgefunden und nach gerade sieht es aus, als begönne man auch in Sachsen, bei Erübrung der Verhältnisse, zu erkennen, daß festester Anschluß an Preußen ein Gebot der Nothwendigkeit ist.

Dresden, 8. April. Man hat so oft als ein Argument für die Kleinstaaterei geltend zu machen gesucht, daß Kunst und Wissenschaft besonders in ihnen gepflegt würden, daher ja auch der Glaube sich wenigstens in spezifisch sächsischen Köpfen ausgebildet hat, daß gerade Sachsen der geistige Mittelpunkt der Erde sei. Daß man der Wissenschaft hier aber weniger Rücksicht zu Theil werden läßt, als in Preußen, beweist das rücksichtslose Verfahren gegen die militärpflichtigen Leipziger Studenten, denen man weder gestattet, in Leipzig bei einem preussischen Truppentheile ihrer Militärpflicht zu genügen, noch erlaubt, daß sie auf so lange zurückgestellt werden, bis sächsisches Militär in der Universitätsstadt Garnisonen bezieht. Sie haben sämmtlich Befehl erhalten, hier einzutreten und sind zum

größten Theil gestern und heute in Dresden angekommen, um sich einkleiden zu lassen. Mehrere von ihnen sollen bereits nach Pirna und andere kleine Orten dirigirt sein. Selbstverständlich sind damit die Jünger der Wissenschaft gezwungen, ein ganzes Jahr lang der Universität fern zu leben, ohne, wie in Preußen, neben dem Militärdienst auch das Fachstudium treiben zu können. Die jungen Männer sind darüber alle sehr entrüstet, was ihnen im Grunde genommen nicht zu verargen ist, um so weniger, da mancher dabei auch finanziell sehr empfindlich berührt wird. — Gestern wurde auf offener Straße ein sächsischer Soldat arrestirt, weil er dem vorübergehenden preussischen Offizier die Honneurs verweigerte und, darüber zur Rede gestellt, malitios wurde. Das Publikum ergriff natürlich sofort Partei für den Arrestanten, begnügte sich jedoch in heftigen Schimpfreden seine Preußenfeindschaft zu dokumentiren. (Woss. 3)

Leipzig, 9. April. Gestern starb hier der bekannte Naturforscher und Volksschriftsteller Professor C. A. Rothmaler.

Wien, 8. April. Der Eindruck, welchen die letzten Nachrichten über den Luxemburg'schen Handel in den hiesigen Kreisen machender Natur hervorgerufen haben, ist der, daß das französische Kabinet augenblicklich nicht in der Lage sei, zu kriegerischem Vorgehen gegen Preußen zu schreiten, obwohl in Paris eine tiefe Verstimmung und Verbitterung durch das Mißlingen der beabsichtigten Annexion deutschen Territoriums eintrat. Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben und wie nach Mittheilungen aus verlässlicher Quelle feststeht, sind in Frankreich umfassende kriegerische Rüstungen eingetreten. Man zweifelt hierorts nicht, daß das Tuilerien-Kabinet nur den günstigen Moment zur Abrechnung mit Preußen erwartet, wenn nicht letzteres selbst das Präventiv spielt, bevor Frankreich seine Armee gänzlich auf den Kriegsfuß gestellt hat. Die tiefe Verstimmung, welche diese traurige Perspektive in unserer Finanzwelt erzeugt hat, hat sich in enormen Verlusten in den Werthpapieren an der Börse kundgegeben, was wohl nur der Anfang einer traurigen Epoche sein mag. Es wird nun hier schon die Frage vielfach ventiliert, ob im Fall des Ausbruches des Krieges Oesterreich sich zu Preußen oder Frankreich schlagen solle. Am liebsten möchte man an der inneren Reorganisation des Kaiserstaates festhalten und ein neutrales Verhalten desselben erzielen. Doch sieht man hierorts auch jetzt schon dem Augenblick entgegen, wo diese Politik, so wünschenswerth sie wäre, unmöglich sein wird. Dann werden die französische und die preussische Partei, welche schon jetzt in der Tagespresse vertreten sind, auch im Kabinet des Kaisers sich zu endgültiger Entscheidung entgegenzusetzen müssen. Bis jetzt ist darüber sicher nichts festgestellt und die Gerüchte der Allianz zwischen Preußen und Oesterreich lediglich ein Spiegelbild der nationalen Wünsche; in Regierungskreisen akzeptirt man diese Gefühlspolitik nicht, man giebt durch vorläufiges Proklamiren von Allianzen sicher nicht einem neuen Gegner die Waffen in die Hand. (Nat. Btg.)

#### Großbritannien und Irland.

London, 8. April. Laut einer telegraphischen Depesche aus Malta haben die im Hafen von Valetta liegenden britischen Panzerschiffe plötzlich Befehl erhalten, in See zu stechen. Die „Galatea“, die der Herzog von Edinburgh (Prinz Alfred) kommandirt, ging schon gestern Abend nach Marseille ab. Der „Prince Consort“ und die „Royal Oak“ sollen heute mit versiegelten Befehlen von Valetta absegeln. Wie man dort allgemein glaubte und auch hier annimmt, ist die Bestimmung der Panzerflotte Gibraltar und Kadix, wo sie von Spanien Genugthuung für die Mißhandlung des „Tornado“ und der „Victoria“ erzwingen soll.

#### Frankreich.

Paris, 8. April. Soll Frankreich Krieg führen, so muß es immer „im Dienste einer Idee“ geschehen; „kleinliche Länderzür liegt ihm gänzlich fern.“ Wie glücklich daher, daß es endlich diese

Idee, die moralische Seite seiner Bestrebungen — entdeckt hat. Nicht um Luxemburg handelt es sich mehr, nicht um schönen Besitz und Gewerbe, sondern einzig um die Verteidigung des französischen Nationalgefühls und französischer Ehre durch die Fortdauer der unberechtigten preussischen Garnison in der Festung Luxemburg. Legten Sonnabend ist ein Kourier nach Berlin abgegangen mit dem Auftrage an Benedetti, diese Saite jetzt dem Grafen Bismarck gegenüber als die „corde sensible“ anzuschlagen. Der „Etenbar“ jetzt das bevorzugte Organ des kaiserlichen Privatgedankens, wird diese Auslegung heute Abend in einer anscheinend an die „Liberté“ gerichteten Antwort dem Publikum mundgerecht machen. Denn es ist jetzt der Kaiser, der den Krieg will. Am Freitag wurde Marquis de Moustier sehr ungnädig von ihm empfangen, als er es wagte, ihm einige Bemerkungen im Sinne friedlichen Ausgleichs zu machen. Von da an gab sich auch im auswärtigen Amte eine kriegerische Tendenz kund, die ersichtlich nach dem Eifer des Renegaten thums schmekt. Am Sonnabend ließen sich sämmtliche in Paris anwesende Marschälle, den kriegslustigen Niel ausgenommen, beim Kaiser melden, um ihm gleichfalls gewisse Vorstellungen zu unterbreiten. Napoleon III. empfing auch sie sehr kalt und meinte: „daß er sie hören wolle, obwohl er sie nicht zu sich berufen.“ Die Marschälle entwickelten darauf, daß man aus zwei Gründen den Krieg zu vermeiden suchen müsse, einmal, weil er der Stimmung des Volkes nicht entspräche und zweitens, weil man militärisch nicht bereit sei. Man könne vorerst nur über 400,000 Mann kriegsgewöhnte Truppen verfügen, während man deren 800,000 zum mindesten bedürfe. Der Kaiser entgegnete erstens, „daß die Marschälle die Stimmung des Volkes nicht kennen, und zweitens, daß er binnen 6 Monaten über 1,200,000 Mann werben verfügen können“, worauf er hinzugefügt, „er fordere die Herren an, sich nicht mit politischen, sondern sich einzig mit militärischen Dingen zu beschäftigen; er werde nach wie vor die wahren Interessen des Landes zu vertreten wissen.“ Sonnabend noch, nach dem unsinnigen Börsergerüchte von dem an Preußen gerichteten Ultimatum, ließ der Kaiser den Polizei-Präsidenten Pietri rufen, um ihm den Auftrag zu geben, die Urheber jenes Gerüchtes ausfindig zu machen. Wie es heißt, sei dieses bald gelungen, da das Gerücht zuerst von den Börseragenten der Herzogin von Persigny und der Frau v. Lavalette ausgeprengt sei. Die Absendung der obengedachten Depesche an Benedetti hatte ersichtlich zum Vorwande des Manövers gedient. Inzwischen ist man auch auf preussischer Seite nicht untätig. Nachdem Rußland jetzt auch, wie Oesterreich und England, erklärt, daß es gegen einen Verkauf des Großherzogthums nichts einzuwenden habe, wenn der Käufer alle Bedingungen des Verkäufers erfülle, nachdem Frankreich sich bemüht, diese übereinstimmenden Auslassungen als eine Isolirung Preußens hinstellen, und nachdem endlich das Kaufgeschäft als ein zwischen Napoleon III. und dem König-Großherzoge vollzogenes fait accompli mit unbegreiflicher Hartnäckigkeit trotz alledem aufrecht erhalten worden, hat sich die preussische Regierung bedogen gefunden, auch ihre Auffassung der Sachlage in einer nach London, Paris, Wien, Petersburg und dem Hag gerichteten Note darzulegen. Diese Note, wenn man französischen Andeutungen Glauben schenken darf, enthielte eine Geschichte des ganzen Handels von seinen Anfangen an und sichere endlich das Verhängnisrecht Preußens in der Festung Luxemburg als eine vertragsmäßige Servitude, die der jedesmalige Besitzer des Großherzogthums mit zu übernehmen habe und die Preußen im Namen Deutschlands ausübe. — Der Kaiser, wiederholt man, arbeitet an einem Manifeste an das Volk. Gestern hatte er längere Konferenzen mit dem Kriegs- und dem Marine-Minister. Die Waffenfabriken haben dringende Aufforderungen erhalten, ihre Arbeiten zu beschleunigen, und der mit der Anfertigung von Chassepot-Gewehren beauftragten Privat-Industrie versprach man Prämien, wenn sie vor dem bedungenen Termine liefern. (Köln. Btg.)

#### Berliner Bazar.

— Das „Berliner Fremdenblatt“ giebt eine Beschreibung von der Größnung des dortigen Bazar's zum Besten der Viktoria-National-Invaliden-Stiftung im Palais Hyer t. Höheit der Frau Kronprinzessin. Wir entnehmen daraus Einiges: „In verführerischer Weise“, sagt der Bericht u. A., „sandte dem Eintretenden gleich zuerst ein Buffet seine kräftigen Gerüche entgegen, an dem holde Damen in feinsten Geräthen magenstärkende Mittel aller Art gegen Geld und gute Worte kredenzten. Ebenso hatten sich dem Verlaufe der ausgestellten Gegenstände Damen aus den höchsten Kreisen unterzogen. Zu diesem Zwecke waren an den Wänden der Säle entlang reich dekorierte Verkaufshallen aufgeschlagen, in welchen die Verkaufsgegenstände nach Genres geordnet aufgestellt waren. Zuerst präsentirten sich zur linken Hand prächtige Bonbonnieren und ihnen verwandte Artikel, darunter ein riesiger, reich geschmückter Pfefferkuchen mit der bekannten Photographie der kronprinzlichen Familie. Daran schlossen sich Schmuckstücken in türkischem Geschmack, dann folgte eine Verkaufshalle mit kostbaren Porzellangegegenständen, hierauf eine Glaswaaren-, sodann Stickerie-, aufs Prachtigste ausgeführt und garnirt, zum Theil, wie die Fauteuils und Stühle in reichster Holzschmuckerei. Zeigte jede Verkaufshalle schon eine wirklich reichliche Auswahl, so verwirrte die Menge der hier aufgestellten Kunstarbeiten der Nadel den Blick. Nur wenig geben in Bezug auf Quantität die nun folgenden Galanteriewaaren nach. Mit Kostbarkeiten von hohem Werth war die Halle der Goldschmiedarbeiten ausgestattet, 2 kostbare Malachitvasen à 300 Thlr. ragten aus silbernen Geräthen, Leuchtern, Tafelaufsätzen und goldenen Schmuckgegenständen hervor, keine Waffen forderten die uniformirten Besucher zum Ankauf auf. Die Sektion der Pendulen und Stuhuhren war nicht minder wertvoll ausgestattet. Nun kamen die Bronzegegenstände, darauf Buchbinderwaaren, Korbwaaren, Holzschmuckereien, ein reich assortirtes Modewarenlager mit Kapotten, Weißstickereien, alsdann Damenmäntel, Umhänge, Sacken in reichster Auswahl und feinsten Ausstattung. Kein Wunder, wenn man trotz eifrigsten Kaufens keine Abnahme verspürte — nicht locker ausgebreitet, nein dicht gehäuft lagen hier die Schätze der Indultrie beisammen. Und immer wurde nobel bezahlt, stets in runden Summen; die Geldschwingen der anmuthigen Verkäuferinnen füllten sich höher und höher — es mochte hier manches kaufmännische Talent verborgen schlummern.

Die Frau Kronprinzessin ging mit gutem Spiel voran und animirte unermüdlich zum Kaufen. Der Kronprinz aber hatte die Sache noch praktischer angegriffen; in einem großen rothen Sack,

auf welchem in gewaltigen Buchstaben die Worte zu lesen waren: „Ein kühner Griff 10 Silbergrößen“, trug er sorgfältig verpackte Gegenstände von verschiedenem Werthe umher und ließ nun auf gut Glück gegen Erlegung von 10 Sgr. einen kühnen Griff in denselben thun. Die Entschuldigend mit Mangel an kleinem Gelde half Nichts, „ich kann auch wechseln“, lautete die Antwort; Kindern machte der Kronprinz es bequem, indem er sich vor ihnen niederbückte, bis sie ihren kühnen Griff gethan hatten. Das Resultat war sehr verschieden, die Gräfin H. zog z. B. einen hölzernen Kochlöffel — immerhin ein Stück in die Wirtschaft. Die natürliche Liebenswürdigkeit, welche dem Kronprinzen eigen ist, gestaltete auch diese seine kaufmännische Thätigkeit zu einem anmuthigen Bilde. Das Geschäft reussirte auch außerordentlich, denn mindestens alle Viertelstunde klang es: „Gräfin Driella, wir müssen den Sack wieder füllen!“

Zu den fleißigen Käufern gehörte auch Sr. Majestät, auf dem Blumenmarkt kaufte der König zwei riesenhafte Bouquets von Kamellen und Beilschen und verehrte sie den daselbst verkaufenden Damen. Es war der Blumenmarkt eine der lieblichsten Inseln in diesem Ocean von Herrlichkeiten.

In der Notunde, welche die zur Ausstellung hergerichtete Zimmerflucht abschließt, war ein wahrhaft unerhöplicher Vorrath von Kinderleidern, Stechpissen, Wiegen und ähnlichen Waaren aufgehäuft, ebenso von Puppen und Spielsachen — natürlich zum großen Theil von kostbarsten Stoffen und herrlichster Arbeit.

Auf der rechten Seite des Hauptsaales begannen die bereits erwähnten Blumen den Reigen, dann folgten Gyps- und Alabastrerwaaren, hierauf eine außerordentlich große Zahl zum Theil kostbarer Delgemälde, ebenso zahlreiche Kupferstiche, dann Parfümerien, ein Piano von Bechstein, chinesische Kunstarbeiten, Cigarren mit obligaten Cigarrentaschen und Feuerzeugen, Noten, Bücher, riesige photographische Albums (Ravenn-Gallerie u. dgl. enthaltend), prächtige Teppiche u. a. m. Einzelnes aus dieser Fülle hervorzuheben ist nicht möglich, da ein zweiter Luxus-Bazar der Art schwerlich existiren möchte — hier heißt's, selber sehen. Kein Kind wird z. B. ungerührt an dem vollständig eingerichteten Puppenwohnhaus vorbeigehen, kein Erwachsener an den Photographien der kronprinzlichen Familie, welche mit deren eigenhändigen Namensunterschrift versehen sind. Die Liebe, mit welcher dies Unternehmen ins Werk gesetzt worden ist und die aus dem Ganzen so wohlthunend spricht, sie ist es, welche diesen Bazar hoch über einen auch noch prächtigeren hebt.

#### Die Erforschung des Nordpols.

wird von August Peterman in seinen Mittheilungen mit unbeugsamer Energie betrieben, obgleich die europäische Situation für den Augenblick nicht dazu angethan ist, diesem für Wissenschaft, Seefahrt und Fischfang gleich wichtigen Unternehmen eine rege Unterstützung zu bieten. Das neueste Heft der „Mittheilungen“ bringt einen sehr interessanten Bericht über den jetzigen Stand der Angelegenheit. Die preussische Regierung hat, weil augenblicklich die Verhältnisse es nicht gestatten, die Stellung von Schiffen abgelehnt. In England hat die British Association for the Advancement of Science, deren Präsidenten Murdison ist, das Unternehmen in die Hand genommen, um die Ausführung vorzubereiten. In Frankreich hat sodann der Hydrograph Lambert die Bildung einer Allienzgesellschaft vorgeschlagen, deren Zweck Erreichung des Nordpols und Ausbeutung der großen Fischereischätze in den arktischen Meeren sein soll. Nordamerika dagegen geht wieder mit Energie voran. Den Anstoß gab ein leider erst sehr spät erschienenes Buch von dem Dr. J. J. Hayes, der Arzt bei der Kane'schen Nordpol-Expedition war und der den Lesern der „Arctic Boat Journey“, so wie der deutschen Bearbeitung derselben (Kane's Nordpolfahrt) bekannt ist.

Dr. Hayes verließ Boston Anfangs Juli 1860 in einem starken kleinen Schooner mit einer Mannschaft von 13 Mann außer ihm und dem Astronomen August Sonntag, der zugleich der zweite Kommandeur des Schiffes war. Im Oktober 1861 kehrten sie zurück, nachdem sie vollkommen ihren Zweck erreicht hatten. Die Verögerung der Herausgabe des Reiseberichts rührt daher, daß Dr. Hayes während des amerikanischen Krieges einem großen Armeehospital vorgelegt war und also die Ausföhrung seines Berichtes verschieben mußte.

Die Reisenden fuhren erst nach Grönland und warben dort drei eingeborne Jäger an, so wie einen Dolmetscher und zwei dänische Matrosen, schafften auch noch Einiges für die Reise Erforderliche an. Mitte August verließen sie Grönland und waren nach einigen Tagen mitten unter den Eisbergen. Dr. Hayes wagte einen dieser Eisberge zu ersteigen und zählte von dort aus über 500, die zugleich in Sicht waren. Das Schiff lief große Gefahr von diesen schwimmenden Massen, deren Anblick der Reisende als ganz zauberhaft schildert. Eine annäherungsweise Ausmessung eines dieser schwimmenden Berge ergab die Höhe von 315 Fuß bei einer Länge von 3/4 Meilen. In Smith's Sund wurde das Schiff festgelegt zum Einfrieren während des Winters, und die Erforschungsreise wurde dann in Schritten fortgesetzt, doch hemmte bald die lange arktische Nacht die Weiterreise. Am 16. März war dann die Sonne wieder hell genug, um die Fahrt fortzusetzen. Dr. Hayes beschreibt die fürchterliche Gewalt der Schneestürme, die grimmige Kälte und die Strapazen, welche er und seine Gefährten ausstehen mußten, in einer sehr lebhaften Weise.

Er erreichte seinen Zweck. Er verfolgte die Küsten von Grönland und Grinnellslund bis zur Mündung von Smith's Sund in den Polar-Ocean. Er nimmt als bewiesen an, daß dieser Ocean nicht durchaus gefroren war während des Winters, weil er die ganze Zeit über das Brüllen der Wellen fern nordwärts gehört hatte. Er glaubt, dieser Ocean sei beinahe von kreisförmiger Gestalt mit etwa 2000 Meilen Durchmesser, an den meisten Stellen von Sand eingeschlossen, mit einem Gürtel von mehr oder minder gebrochenem Eise in einer Breite von 50 bis 100 Fuß. Dr. Hayes geht jetzt damit um, eine arktische Entdeckungsreise nach einem größeren Plane zu organisiren. Er rühmt sich, wenn Sir Henry Parry die englische Flotte weiter nordwärts getragen habe, als jemals eine Flotte auf See erschienen sei, daß er selbst die amerikanische Flotte zu Lande weiter nordwärts aufgepflanzt habe, als wo jemals eine andere gewest habe.



Das „Avenir National“ schreibt über die luxemburger Frage: „Guten Quellen zufolge hat die französische Regierung an die preussische eine Depesche-Note gerichtet, welche im Wesentlichen lautet: „Ich verzichte darauf, Luxemburg zu kaufen; aber räumen Sie die Citadelle.“ Graf Bismarck's Antwort habe gelautet: „Nichts lieber, als das; aber es ist mir unmöglich — es ist zu spät.“ Dazu bemerkt die „Liberté“: „Wenn es so steht, so ist der Krieg unvermeidlich. Wenn Frankreich darauf verzichtet, Luxemburg einzuverleiben, nachdem es sich so weit vorgewagt hatte, so wäre dies eine schwer zu ertragende Schlappe; aber die Anwesenheit der Preußen vor unseren Thoren dulden, das ist einfach eine Unmöglichkeit. So möge unsere tapfere Armee denn, die ganze lebendige Nation hinter sich, im Jahre 1867 die Fehler wieder gut machen, welche unsere Diplomatie 1866 beging.“

Ein Pariser Korrespondent der „Magd. Z.“ schreibt: Selbst in der Weise fehlt es nicht an Leuten, welche die Mittheilung der Regierung für eine Art von Rückzug halten! Die Wahrheit ist, daß die Kriegspartei in diesem Augenblicke Oberwasser hat. Man hegt hier fürchterlich gegen Preußen, besonders im „Século“, „Opinion nationale“, „Standard“ und „France“. Agenten durchziehen die Departements und suchen den Bauern einzureden, die Preußen kämen, um Frankreich zu zerstücken. Der junge Prinz ist sehr leidend. Dr. Melanet verläßt fast nicht mehr die Tuilerien.

### Rußland und Polen.

Peterburg, 8. April. Die russische Telegraphen-Agentur meldet: Aus zuverlässiger Quelle wird berichtet, daß die in letzter Zeit von den Journalen gebrachten, angeblich die Ansichten des hiesigen Gouvernements enthaltenden telegraphischen Nachrichten über die luxemburger Frage positiv falsch sind, daß weder in Betreff Luxemburgs noch über Randia offizielle Aeußerungen der Regierung vorliegen. Die desfallsigen Mittheilungen des „Journal de St. Petersburg“ sind nur als Privatanfichten zu betrachten.

### Türkei.

Konstantinopel, 2. April. Seit zwei Tagen etwa hat die hiesige Situation an Klarheit gewonnen. Der Divan nimmt sichtlich eine feste Haltung an, und die Beschlüsse, welche seit dem Eintritt Suad-Pascha's ins Kabinett (11. Februar) vorbereitet wurden, fangen an in Kraft zu treten. Indem man den Serben die Hand zur Veröhnung bietet, steht man im Begriff, den Griechen gegenüber die Linie schärfer zu ziehen. — Vorgefunden kam der Serdar Gram (Omer-Pascha) in Begleitung mehrerer Stabsoffiziere von Schumla, und zugleich Mustapha-Kaili-Pascha's aus Kreta hier an. Die Ankunft Omer-Pascha's steht mit dem Zusammenziehen einer bedeutenden Armee an der griechischen Grenze in Verbindung. Nach im Publikum umlaufenden Nachrichten sind 10000 Mann bereit, als Verstärkung der bereits in Tessalien und Epirus versammelten Truppen, dorthin geschickt zu werden. Weiter heißt es, daß man 52 Bataillone, d. h. Landwehrbataillone aus Kleinasien erwarte. Auch sollen bereits Kontrakte mit dem österreichischen Lloyd in Betreff der Ueberführung dieser Waffenmacht abgeschlossen worden sein. Die irregulären Truppen für die Grenzarmee dürften die Ernaufen kessern. Alles zu allem erwogen, will es mir nicht wahrscheinlich vorkommen, daß die türkische Regierung einen Schlag gegen Griechenland zu führen beabsichtigt, aber jedenfalls will sie sich in die Verfassung setzen, mindestens einen starken Druck auf die hellenische Masse auszuüben. Die Ankunft Mustapha-Kaili-Pascha's aus Randia bedeutet den Uebergang der Leitung der dortigen Dinge in die Hände von Hussein-Pascha.

Für die Reorganisation von Randia ist ein Konseil, und zwar unter der Präsidentschaft des Großveziers, formirt worden. Dasselbe hält wöchentlich drei Mal Sitzungen. Die eben angeführten Thatsachen geben einen Anhalt in Betreff dessen, was man erwarten darf. Man wird nicht füglich mehr annehmen können, daß auch nur entfernt von einer Abtretung Kretas die Rede sein werde. Diese Insel ist die Pforte entschlossen mit allen Kräften festzuhalten. Dagegen will sie offenbar keinen Bruch mit Griechenland, kommt es dennoch dazu, so geschieht es, weil dieses dazu drängt.

(D. A. Z.)

Belgrad, 4. April. Ueber das serbisch-montenegrinische Schutz- und Trutzbündniß kann die „D. A. Z.“ Folgendes mittheilen. Dasselbe verbietet den beiden Theilnehmern, einseitig Frieden mit der Pforte zu schließen oder derselben den Krieg zu erklären. Nach dem Tode des jetzigen bekanntlich kinderlosen Fürsten von Serbien kommt auf den serbischen Thron die montenegrinische Dynastie Negusch. — Aus Rußland, welches hier einlangenden Meldungen zufolge jedenfalls die orientalische Frage in „blutigen“ Fuß bringen will, kommt die Nachricht, daß es in Eolgezug an der Moldauer Grenze ein neues Armeekorps zusammenziehe.

### Vom Reichstage.

(31. Sitzung vom 9. April.)

[Abendigung.]

Berlin, 10. April. Der Reichstag erledigte in der gestrigen Abend-sitzung den XIII. Abschnitt der Verfassung („Schlichtung von Streitigkeiten und Strafverfahren“).

Artikel 68. (welcher bestimmt, daß jedes Unternehmen gegen die Sicherheit der Verfassung des Bundes, die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes oder Anordnungen der Bundesbehörden etc. in den einzelnen Staaten so beurtheilt werden sollen, als ob sie gegen diese einzelnen Staaten gerichtet wären) wurde mit dem Amendement „wenn in Angelegenheiten, das die Strafbestimmungen, betreffend die Erregung von Haß und Verachtung gegen die Einrichtungen des Bundes und die Anordnungen der Bundesbehörden bezieht“

Artikel 69. (nach welchem das Ober-Appellationsgericht der Hansestädte erste und letzte Instanz für die als Hoch- und Landesverrat sich qualifizirenden Unternehmen gegen den Bund ist) wurde mit dem Amendement „Schwartz“, wonach es bis zum Erlaß eines Bundesgesetzes bei den zuständigen Gerichten verbleiben soll, gleichfalls angenommen;

ebenso Artikel 70. mit dem Amendement Wiggers (Kostod), betreffend die Aufsichtverweigerung. (Art. 70. bestimmt, daß Streitigkeiten zwischen verschiedenen Bundesstaaten von dem Bundesrathe erledigt und daß Verfassungsstreitigkeiten in einem Bundesstaate, wenn gütliche Beilegung durch den Bundesrathe nicht gelingt, im Wege der Bundesgesetzgebung erledigt werden sollen.)

(32. Sitzung vom 10. April.)

Gründung 10<sup>1/2</sup> Uhr. Die Tribünen sind überfüllt. Am Tische der Bundeskommissionen Minister v. Noth, v. d. Heydt, v. Fricken, Geh. Räte v. Ewig, v. Liebe, Hoffmann, später Graf Bismarck, der des Hofes der Kronprinz und die Kronprinzessin von Preußen, Prinz Nikolaus von Nassau. Das Haus tritt sofort in die Tagesordnung ein: Vorberatung über Abschnitt XIV. des Verfassungsentwurfs (Verhältnis zu den süddeutschen Staaten). Er lautet:

Artikel 71. Die Beziehungen des Bundes zu den süddeutschen Staaten werden sofort nach Feststellung der Verfassung des Norddeutschen Bundes, durch besondere den Reichstage zur Genehmigung vorzulegende Verträge, geregelt werden.

Zu diesem Artikel liegen folgende Amendements vor:

1) des Abg. Dunder (Berlin): dem Artikel 71. folgende Fassung zu geben: „Den ehemaligen deutschen Bundesländern, soweit sie die Bedingungen dieser Verfassung zu erfüllen im Stande und gewillt sind, steht der Eintritt in den Norddeutschen Bund jederzeit frei. Ein Bundesgesetz bestimmt jedoch die Aufnahme eines solchen Landes in den Bund und die nötig werdenden Abänderungen der Bundes-Verfassung.“

2) der Abg. Lasker und Miquel: „Der Eintritt der süddeutschen Staaten oder eines derselben in den Bund erfolgt auf den Vorschlag des Bundespräsidiums im Wege der Bundesgesetzgebung.“

3) des Abg. Schrader: an Stelle des Artikels 71. folgenden Artikel zu setzen: „Der Eintritt in den Norddeutschen Bund steht jedem südlich vom Main gelegenen Deutschen Staate auf seinen Antrag unter der Bedingung zu, daß er sich der Bundesverfassung unterordnet. Besonderer Verträge bedarf es hierzu nicht.“

Die Medertliste ergibt 6 Medner für und 7 gegen Artikel 71.

Abg. v. Sybel (für die Vorlage): Ich habe mich für Art. 71 einschreiben lassen, obwohl ich das Amendement Lasker-Miquel zu empfehlen gedachte, das keinen anderen Zweck hat, als den Sinn des Art. 71 weiter zu entwickeln. Der Eintritt der süddeutschen Staaten zu dem Bund soll dadurch offen gehalten werden; wir wollen heute schon konstatieren, daß gegenüber dem großen Ziele unserer nationalen Zukunft der Norddeutsche Bund nur ein geschichtliches Provisorium ist. Dies ist namentlich in der jetzigen Lage Europas wünschenswert, wo Gefahren verschiedener Art den Fortgang unseres Einheitswerkes bedrohen. Wir wollen deshalb den festen Entschluß aussprechen, dieses große Ziel der Einigung der gesammten deutschen Nation nicht aus dem Auge zu verlieren. — Wenn nun die süddeutschen Staaten zutreten sollten, so ist es nötig, die Stellung der Krone Preußens im Bunde zu stärken, damit Preußen auch in der Lage ist, die schweren Rechte und schweren Pflichten, die ihm obliegen, wirksam zu übernehmen. Deshalb werden in diesem Falle notwendige Änderungen in der Verfassung in Erwägung zu ziehen sein; es muß deshalb der Eintritt der betreffenden Staaten der Entscheidung der Bundesgesetzgebung überlassen bleiben, und ich kann mich deshalb nicht einverstanden erklären mit den Amendements, welche die bloße Eintrittserklärung der betreffenden Staaten für genügend erachten. Gründen wir deshalb zunächst einen starken Bundesstaat, der im Stande ist, alle fremden Eingriffe abzuwehren; wir haben dann viel dazu gethan, um das Werk der deutschen Einheit auch auf die süddeutschen Staaten auszu dehnen.

Abg. Sybel (gegen den Entwurf): Der vorliegende Artikel ist einer der wichtigsten in der ganzen Verfassung. Aus der Fassung desselben und den sonstigen Erklärungen der preussischen Kommissionen geht deutlich hervor, daß Preußen bei Gründung des Norddeutschen Bundes nicht ganz Deutschland, sondern nur die preussischen Interessen (Rechts: oh!) nur die Stärkung der Hohenzollern'schen Hausmacht (Unterbrechung rechts) im Auge gehabt hat. (Präsident Simon: Lassen Sie den Medner doch ruhig ausreden; widerlegen Sie ihn nachher!) Es ist ein Bund zwischen dem großen Preußen und mehreren Basallenstaaten (Unruhe rechts), deren Fürsten nichts anderes, als General-Gouverneure des Königs von Preußen sind. (Widerpruch rechts.) Hätte die preussische Regierung die Absicht gehabt, die süddeutschen Staaten mit in den Bund hineinzuziehen, so sehe ich keinen vernünftigen Grund, der sie daran hätte hindern können. Man sagt, Frankreich und Oesterreich hindere sie daran. Die Gründe, die Frankreich dazu bewegen konnten, liegen doch lediglich in den Machtverhältnissen. Das, was Frankreich fürchtete, ist aber doch schon durch die Militärkonventionen mit den süddeutschen Staaten geschaffen worden. Frankreich hat also jetzt keinen Grund mehr, gegen eine völlige Einigung Deutschlands aufzutreten. Man sagt nun, daß die mit Oesterreich im Prager Friedensvertrage abgeschlossenen Bedingungen keine wirkliche, sondern nur eine internationale Einigung mit Süddeutschland zuließen. Wer hat denn aber die Prager Friedensbedingungen vorgeschrieben? Doch nur Preußen. Und ich habe die feste Ueberzeugung, daß, wenn die preussische Regierung einsehe, daß sie durch die Bedingungen des Friedensvertrages Schaden litte, sie keinen Augenblick anstehen würde, ihn wieder zu zerreißen. (Widerpruch rechts.) Ja, m. H., ebenso wie ich fest überzeugt davon bin, daß Oesterreich, wenn es heute in der Lage wäre, die Niederlage des letzten Jahres auszuweichen zu können, auch nicht zurückstehen würde. Mehrere Gründe, welche die Einigung hindern könnten, sind also nicht mehr vorhanden. Es sind also nur innere Gründe, nicht vom deutschen, sondern vom spezifisch preussischen Standpunkte. Ich aber, m. H., stehe auf dem deutschen Standpunkte. Preußen fürchtet, wenn die süddeutschen Staaten zutreten, majorisiert zu werden, was wohl für die Volksinteressen in manchen Beziehungen ganz wünschenswert sein möchte. Deshalb will sich Preußen mit Militärkonventionen begnügen; deshalb sucht es durch Zollverträge und dergleichen einigermassen die Kluft, welche durch die Mainlinie in Deutschland geschaffen worden ist, wohl zu überbrücken, nicht aber auszufüllen. Eine solche Politik zu unterstützen, habe ich keine Lust; denn es ist keine deutsche Politik. Ich muß deshalb protestieren gegen einen Bund, der nicht die Einheit, sondern die Zerreißung Deutschlands herbeiführt; ich muß protestieren gegen eine Verfassung, die aus Norddeutschland eine große Kaserne macht und dem Volke das Bischen Freiheit, was es hat, noch raubt (Unruhe rechts). Ich werde deshalb gegen Art. 71 und gegen die ganze Vorlage stimmen.

Abg. Weber (Stade) (für die Vorlage): Die Ansichten des Herrn Vorredners sind die der großdeutschen Volkspartei. Diese Partei hat dafür geschwärmt, den preussischen Staat zerstückeln und eine föderative Republik errichten zu können. Da Preußen solchen Träumereien natürlich entgegensteht, so wuchs der Haß gegen Preußen. Wie man nun nach den politischen Erfolgen an solchen Träumereien noch festhalten kann, ist mir wirklich unbegreiflich (Beifall rechts). Aber es giebt ja Doktrinen, die nichts lernen (Beifall rechts). Wenn aber Medner meint, daß Preußen nicht die Absicht gehabt habe, Süddeutschland mit in den Bund aufzunehmen, so schlägt er der geschichtlichen Wahrheit ins Gesicht. Der Herr Ministerpräsident hat im preussischen Abgeordnetenhaus so klar dargelegt, daß es damals unmöglich war, weiter zu gehen, wenn man nicht Alles auf das Spiel setzen wollte. — Im Allgemeinen kann ich mich dem Amendement Miquel — Lasker anschließen, und habe nur das eine Bedenken dagegen, daß darin eines Staates nicht gedacht ist, der nicht durchaus zu dem Süddeutschen gehört, von dem aber doch die Möglichkeit vorhanden ist, daß er mit in den Bund aufgenommen werden könnte. Wir im Reichstage sind nicht durch diplomatische Rücksichten gebunden; wir haben vielmehr die Pflicht kundzugeben, daß die deutsche Nation ein notwendiges Recht auf Zusammengehörigkeit hat. Wie eine Gesamtkonstitution Deutschlands zu erreichen und auszuführen ist, müssen wir allerdings zunächst der Präsidialmacht überlassen. — Es ist viel von der Mainlinie gesprochen worden. Was ist der Main? Sind denn Flüsse Trennungsmittel für Völker? Nein, sie verbinden dieselben. Der Rhein selbst ist nie eine natürliche Grenze gewesen, und nun gar erst der Main, dieses kläglich, das kaum einen Namen trägt, dieses Nadeln (große Heiterkeit), trennt Deutschland nicht von einander. Von Süddeutschland trennen uns höchstens Vorurtheile, die besonders im Süden sehr stark vorhanden sind. Die äußerste Rechte im Süden muß einsehen, daß es endlich Zeit ist, den Stachel nicht länger gegen Preußen zu brauchen, damit er sich nicht selbst verwundet; das Centrum, daß es nicht die Hauptaufgabe eines Menschen ist, in Gemüthlichkeit seinen Bierhopsen zu trinken (Heiterkeit); diese Herren müssen einsehen, daß die strammte Kraft, die Anstrengung für den Staat, wie wir sie in Norddeutschland sehen, auch ihr Gutes hat und notwendig ist. Die äußerste Linke wird ihre Träumereien von einer föderativen Republik fallen lassen müssen, und einsehen, daß die konstitutionelle Monarchie die einzig mögliche Staatsform für Deutschland ist. Und endlich werden die Ultramontanen sich sagen müssen, daß wenn Preußen, der protestantische Staat, die Suprematie in Deutschland hat und die protestantische Freiheit zum Grundbuche des Staates erhebt, stets mit gleichem Rechte die katholischen Unterthanen, wie die protestantischen behandelt werden, und daß die katholische Kirche deshalb durchaus nichts zu befürchten hat. — Glücklichweise beginnen die Vorurtheile bereits immer mehr zu schwinden, wie wir aus der Interpellation der heffischen Abgeordneten, aus der gestern mitgetheilten Erklärung aus Würtemberg, wie wir aus den Preußen sich annähernden Schritten Baierns ersehen. Denn in der That giebt es wohl kaum einen Augenblick, der die Nothwendigkeit der Zusammengehörigkeit aller deutschen Staaten uns klarer vor Augen rücken könnte, als der gegenwärtige; und ich glaube, Sie alle sind mit mir überzeugt davon: Wenn Deutschland nur zusammenhält, so hat es eine Welt in Waffen nicht zu fürchten. (Beifall.)

Großherzoglich heffischer Bundeskommissar Hoffmann: Zu meinem großen Bedauern bin ich verhindert gewesen, in der gestrigen Sitzung von Anfang an anwesend zu sein. Ich habe deswegen leider veräußert, der Interpellation der heffischen Herren Abgeordneten, ihrer Begründung und Antwort.

tung beizuwohnen. Ich habe die betreffenden Verhandlungen in den stenographischen Berichten eingesehen, und bin in der Lage, die erste Gelegenheit, die sich mir heute darbietet, zu benutzen, um vor allen Dingen dem preussischen Herrn Minister meinen Dank auszusprechen für die durchaus bundesfreundliche und rücksichtsvolle Art und Weise, wie er die Interpellation beantwortet hat. Ich bin zwar nicht ermächtigt, hier im Saale bindende Erklärungen Namens der großherzoglich heffischen Regierung über einen Gegenstand abzugeben, der jetzt noch nicht zu einer Verhandlung im Reichstage reif, sondern mehr zu Verhandlungen von Regierung zu Regierung geeignet ist; aber ich glaube die Grenze, innerhalb deren ich mich bewegen kann, nicht zu überschreiten, wenn ich versichere, daß die großherzogliche Regierung nur mit großer Befriedigung Kenntniß nehmen kann von den Erklärungen, die der preussische Herr Regierungsbefehlsmächtige abgegeben. Denn es kann derselben nur willkommen sein, wenn der Eintritt des ganzen Großherzogthums die volle Zustimmung der Königlich preussischen Regierung hat, daß sie diese Zustimmung nur abhängig macht von dem vollständig logalen Bestehen dieses Eintritts mit den Ansichten der österreichischen Regierung und den Bestimmungen des Prager Friedens in Einklang zu bringen. Die Schwierigkeiten, die der großherzoglichen Regierung aus der jetzigen Lage des Großherzogthums entspringen, liegen ja auf der Hand. Sie lassen sich allerdings überwinden etwa dadurch, daß man die Verwaltung der getrennten Landestheile trennt, oder daß man die Gesetze des Norddeutschen Bundes auch auf die anderen Provinzen ausdehnt. Aber ich gebe ja gerne zu, daß das beste Mittel eben nur durch den Eintritt des ganzen Großherzogthums in den Norddeutschen Bund gegeben ist. (Beifall.) Die großherzogliche Regierung verkennt nicht, daß die damit verbundene größere Stimmenzahl im Bundesrathe, die größere Zahl der heffischen Vertreter im Reichsrathe ihr einen größeren Einfluß im Bunde sichern würde. Auf der anderen Seite würden freilich auch größere Lasten dem Lande dadurch erwachsen. Dies ist der Grund, warum sie nicht einseitig vorgehen zu können glaubt, sondern sich vorher des Einverständnisses auch der Landesvertretung versichern muß. Ich bin aber überzeugt, daß Regierung und Stände sich vollständig von dem patriotischen Geiste werden leiten lassen, der in der Proklamation des Großherzogs seinen Ausdruck gefunden hat, und ich hoffe zuversichtlich, daß die gestrige Frage des Herrn Interpellanten ihre Antwort in einem Sinne finden wird, wie es nicht nur den Interessen des Großherzogthums, sondern auch denen des großen gemeinsamen Vaterlandes entspricht. (Bravo!).

Abg. Schulze: Der Hauptpunkt, wodurch sich unser Amendement von dem des Abg. Lasker unterscheidet, das ist der Rechtsstandpunkt. Wir stehen bei diesen ganzen Verhandlungen auf dem nationalen Rechte, vermöge dessen kein Volk dulden kann, daß Glieder seines Stammes ihm abgerissen werden, vermöge dessen jedes Volk dahin gravitirt, sich mit den etwa abgerissenen Gliedern zu vereinigen. Darum können wir unmöglich damit einverstanden sein, daß zwischen uns und unsern Brüdern in Süddeutschland bloß internationale Verträge das Bindemittel sein sollen. Es kommt jetzt darauf an, daß wir unser Wort, unser schwer wiegendes Wort in die Waagschale werfen, daß wir es aussprechen, daß auf beiden Seiten nicht nur ein Recht, sondern auch eine schwere Verpflichtung obwaltet, hinzutreten zu einer Einigung. Wir haben die Pflicht, dieser Einigung eine offene Stelle zu halten, für den Fall, daß die süddeutschen Staaten im Stande und gewillt sind, in diesen Bund sich einzufügen. Nun und nimmer aber können wir uns dabei beruhigen, daß dies bloß als wünschenswert hingestellt wird. Wir sollen ihnen nicht bloß sagen: Sie habt das Recht, sondern Ihr habt auch die Pflicht! Man hat hier von Massenantiopathien des Südens gegen den Norden gesprochen. M. H., Stammesfeindschaften mögen walten, aber wenn wirklich eine ernste Abneigung herrschen sollte, so hat das einen ganz andern Grund. Im Süden hat stets das Bedenken und die Furcht obgehandelt, durch den Anschluß an uns einen Theil der verfassungsmäßigen Rechte zu verlieren, und wir wollen so offen sein, zuzugestehen, daß sie wohl etwas Recht hatten, diese Bedenken zu hegen. Durch Annahme der nötigen konstitutionellen Garantien in die Verfassung werden gerade Sie, m. H., das Meiste dazu beitragen, die Agitation für den Anschluß des Südens zu stärken. Legen Sie dem Präsidium nicht die Befugniß zu, die ihm im Amendement Lasker ertheilt wird. M. H., vergessen Sie es nicht, die Einigung Deutschlands soll ein Recht sein, ein heiliges, unantastbares, nationales Recht! (Beifall.)

Abg. Miquel: Wir glauben nicht, daß es notwendig ist, die preussische Regierung auf den Weg einer nationalen Politik noch besonders hinzudrängen. Wir haben das Vertrauen zu derselben, daß sie auch ohne das in ihrer Politik national ist. Der Abg. Sybel meint, die Aufgabe, die sich die preussische Regierung gestellt, bestehe in der Gründung einer Norddeutschen Militär-macht in der Heruntersetzung der deutschen Fürsten in preussische Militär-Gouverneure. M. H., wir von der nationalen Partei, wenn wir etwas zu bebauern hätten in dem Verhältnis der preussischen Regierung zu ihren Bundesgenossen, so würden wir nur bedauern, daß letztere nicht noch mehr Souveränitätsrechte ausgeübt haben, daß die preussische Regierung vielleicht mit einer zu weitgehenden Mäßigung vorangegangen ist. Nennen wir Preußen nicht einen Militärstaat! Der Staat der Gewissensfreiheit, der Staat, der zuerst in Deutschland den Bauernstand befreit hat, der Staat, der zuerst die Gemeindefreiheit begründet, der zuerst das nationale Parier erhob gegen die Fremdherrschaft, dem wir unsere Unabhängigkeit verdanken, der Staat des großen Friederich, der Staat der Kultur — m. H., den wollen wir nicht herabwürdigen lassen zu einem bloßen Militärstaat. Gerade der Herr Graf Bismarck, der hier neben mir sitzt — (Große Heiterkeit, denn Medner hat nicht bemerkt, daß Graf Bismarck augenblicklich am anderen Ende des Ministerisches mit einem anderen der Herren Bundeskommissarien sich unterhaltend da steht) — wir fühlen uns jetzt am Schluß der Session gedrungen, so sehr wir auch in vielen inneren Fragen von ihm abweichen, in vollster Uebereinstimmung mit seiner Politik ihm die Dankbarkeit zu bezeugen, die wir ihm schuldig sind. Wer die politische Stellung der preussischen Regierung nach dem Frieden von Nidolsburg verfolgt hat, wer eine Einsicht genommen hat, in die Friedensverträge mit den süddeutschen Staaten, wer die gestrigen Erklärungen gehört hat, nach welchen es nur von dem freien Willen der heffischen Regierung abhängt, in den Norddeutschen Bund einzutreten, wer nach solchen Thatsachen noch behaupten kann, es werde nur ein Norddeutscher Militärstaat beabsichtigt, — m. H., dem ist überall nicht zu helfen. Es ist wunderbar, welche Koalition von Gegnern uns gegenübertritt. Auf der einen Seite die entschiedensten Demokraten, deren Tendenz doch wahrlich nicht darauf hinausläuft, sich für die Macht der kleinen Fürsten zu interessieren, die aber dennoch hier wie auswärts nach dieser Richtung hin verschoben werden. Mit ihr verbunden die ultramontane Partei, deren Politik sich wohl in dem Sage aussprechen läßt: unter Vaterland ist nirgends anders als Rom. Endlich die ausschließlichen Vertreter von abgestorbenen und rein formalen Befugnissen einzelner Fürsten, die nichts weiter kennen als die Kleinstaat, in denen sie gelebt und geherrscht haben, und die noch nicht gelernt haben, an das große deutsche Vaterland zu denken. Wir haben das Vertrauen, mit diesen Gegnern fertig zu werden.

Wenn wir es nun auch keineswegs für nötig halten, die preussische Regierung noch besonders zu drängen auf ihrem Wege, so wollen wir doch den Süddeutschen ein offenes Zeichen von der Gesinnung des Reichstages geben. Wir können das aber nicht in der Form des Amendements Dunder thun. Wir können nicht erklären, daß sämtliche ehemaligen deutschen Bundesländer in den Norddeutschen Bund eintreten können, wenn sie es wollen; wir können nicht glauben, daß es unsere Aufgabe sei, Oesterreich zu zerreißen, daß es eine Aufgabe der praktischen Politik sei, die Wiedervereinigung mit Oesterreich zu erstreben. Wir können nicht wissen, was die Zukunft bringt, aber einen Gegenstand der praktischen Politik bildet diese Frage nicht. Wir können aber den Eintritt in den Bund auch nicht abhängig machen von dem Belieben jeder einzelnen süddeutschen Regierung über den Zeitpunkt, in dem sie dies thun will. Allein der Staat Preußen darf über diese Frage entscheiden. Deswegen sagen wir in unserem Antrage, es solle der Eintritt der Südstaaten erfolgen auf den Vorschlag des Bundespräsidiums, d. h. der Krone Preußen. Wir sagen weiter, daß dies geschehen solle auf dem Wege der Bundesgesetzgebung. Wir wollen damit die Schwierigkeiten heben, die in einer Verfassungsänderung liegen, und wollen die Form mildern. Wir verkennen dabei nicht, daß in dem Augenblicke, wo Süddeutschland sich mit uns vereinigt, diese Verfassung nicht mehr genügt. Doch ist es undenkbar, daß eine Mehrheit des Reichstages und des Bundesrathes dabei Beschüsse faßt, welche die notwendig prädominirende Stellung Preußens gefährden. Meine Herren! Wenn der Süden noch eine abgesonderte Stellung einnimmt, so liegt das nicht im Widersprechen des Auslandes, nicht im Nidolsburger Friedensvertrag, sondern in der Abneigung der süddeutschen Regierungen, vielleicht auch bis in die allerneueste Zeit in einer Abneigung wenigstens eines Theiles der süddeutschen Bevölkerung. Nichts würde verkehrter sein, als die preussische Regierung verantwortlich zu machen, daß es ihr nicht gelungen, auch Süddeutschland in das Bundesverhältnis zu bringen. Und wir können hoffen, daß bald alle Hindernisse schwinden werden, um so eher, je größer die Gefährdung der Nation durch auswärtige Bedrohung ist. Die Abneigung des Volkes ist offenbar im Schwinden, alle Zeichen beweisen, daß man nicht bloß in der Phrase und in Redensarten mit uns einig



ist, sondern daß man auch gemillt ist, die Lasten mit zu übernehmen, die ein großes Staatswesen auslegt. Deshalb geizt es uns, am Schlusse unserer Berathung, offen dem Süden die Hand hinzustrecken. Es darf uns nicht einfallen, daß wir heute nicht in der Weise ausgesprochen. Ich glaube, das Ausland weiß das schon eben so gut wie wir, daß nichts in der Welt die deutsche Nation auf die Dauer auseinander halten kann. Sollte das Ausland sich dennoch solchen Illusionen hingeben, so ist es besser, eher heute als morgen diese Illusionen zu zerstören. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Wigard: Wir haben oft von der Einheit Deutschlands sprechen hören, wenn wir uns aber diesen Verfassungsentwurf, über den ich meinerseits mir nie Illusionen gemacht habe, uns näher ansehen, dann werden Sie zugeben müssen, daß in demselben von deutscher Einheit nicht viel zu finden ist. Wir sind zerrissen in einen Norddeutschen Bund, in einzelne Süddeutsche Staaten und in Deutschösterreich, daß mit fremden Völkern verbunden ist. Wenn ich mir aber die Verfassung nach der Richtung eines Bundesverhältnisses hin ansehe, so liegt zu Tage, daß ein wahrer und edler Bund in dieser Zusammenfassung gar nicht zu denken ist. Wir haben, wie schon der Abg. Bebel ganz richtig bemerkt hat, (Oho! Seitens der Konserverativen) nichts als ein großes Preußen mit einigen kleinen Vasallenstaaten neben sich. Von den Deutschösterreichern zu sprechen, befehle ich mich gegenwärtig gern, obwohl ich nicht umhin kann, mit Bezug auf Sie an den hochherzigen Spruch zu erinnern, daß auch nicht ein deutsches Dorf dem gemeinsamen Vaterlande verloren gehen solle. Wie die Thatfachen liegen, müssen wir allerdings das Verhältnis zu den Deutschösterreichern der Zukunft überlassen. Aber bewegt uns seit den jüngsten Tagen nicht auch die Frage wegen des Großherzogthums Luxemburg und müssen wir nicht denselben hier gedenken? Was will nun der Entwurf mit den Süddeutschen Staaten? Internationale Verträge: Das heißt in der That, wie schon der Abgeordnete Bebel bemerkt hat, die Klüfte überbrücken, nicht ausfüllen. Sie will einen deutlichen Uebergang schon gegenwärtig gesichert haben. Meine Herren! Was trennt denn den Süden von uns! Wenn wir die Verfassung des Norddeutschen Bundes weniger absolutistisch und mehr freihetlich gemacht hätten, dann würde der Süden eine größere Geneigtheit zeigen in den Norddeutschen Bund einzutreten. Man hat von uns als von Anhängern der Idee einer Föderativpolitik gesprochen. Nun, meine Herren, wir haben in unsern Amendements wenigstens kein Streben dazu erkennen lassen und uns jederzeit auf den konstitutionellen Standpunkt gestellt. Doch war für uns im Allgemeinen die Rücksicht maßgebend, den Süddeutschen die Möglichkeit zu gewähren, sich die Frage vorlegen zu können, ob sie auf diese Verfassung hin in den Norddeutschen Bund eintreten wollen oder nicht. Auch auf Luxemburg muß Bezug genommen, vor allen Dingen aber, wenn der Süden eintreten will, offen gehalten werden, daß die gegenwärtige Verfassung solchen Veränderungen unterzogen werden kann, welche die dem Volke etwas genießbarer machen kann. (Bravo links.)

Abg. Lasker: Da der Herr Abg. Bebel zu derjenigen Partei gehört, welche bei der Wahl in Elberfeld-Barmen die Wahl des Ministerpräsidenten Grafen Bismarck gegen die liberale Partei durchgesetzt hat, so darf ich wohl darauf hinweisen, daß dies mit seiner heutigen Stellung in Widerspruch ist; man kann nicht Hand in Hand mit der Regierung an die Wahlurne treten und zugleich eine Verächtung haben, dieser Regierung in so schroffer Weise entgegenzutreten. Ich glaube nun überhaupt, daß die Rede des Herrn Bebel nur die Politik, welche in Bierstuben getrieben zu werden pflegt, treu wiederspiegelt hat. — (Der Präsident unterbricht ihn mit der Bemerkung, daß er zweifle, ob dem Redner eine solche Kritik über einen Kollegen zustehe.) Man macht der Regierung einen Vorwurf daraus, daß sie nicht mit der Einigung Deutschlands sofort vorgehe und auf ihre Stellung zu Oesterreich Rücksicht nehme. Wozu hat es hoch erfreut, aus der gestrigen Rede des Herrn Präsidenten der Bundeskommissionen entnehmen zu können, daß die Einigung Deutschlands als eine rein innere deutsche Frage betrachtet werden soll. Ich bin in dieser Auffassung dadurch, daß Oesterreich befragt werden soll, nicht beirrt worden. Die Interessen Oesterreichs und Preußens in dem alten Bunde waren gegeneinander gerichtet; jetzt sind sie es nicht mehr, da die Hindernisse wegeräumt sind, welche nicht gestattet haben, daß beide Staaten ihrer natürlichen Entwicklung folgen konnten. Es war unnatürlich, daß Oesterreich, welches stets auf die Reserve Preußens angewiesen war, sich der Stärkung dieser Reserve widersetzte, unnatürlich, daß die anderen Staaten Deutschlands nicht dem Einheitsgedanken huldigten, sondern zwischen beiden Großmächten die Balance halten und eine Trias bilden wollten. Alle diese Hindernisse sind fortgeräumt. Oesterreich, das mit seiner inneren Kräftigung beschäftigt ist und Deutschland sich selbst überläßt, hat kein Interesse daran, Preußen in der Kräftigung Deutschlands zu schaden. Wir betrachten also den Anschluß Süddeutschlands als eine rein innere deutsche Frage. Wir drohen dem Auslande nicht, aber wir haben dem Auslande auch nichts zu bieten. Das letzte deutsche Dorf soll dem Vaterlande unzerstört bleiben. Das Princip der Nichtintervention, wenn eine große Nation ihre inneren Angelegenheiten ordnen will, ist im übrigen in ganz Europa anerkannt, doch wird man immerhin die Rücksicht nehmen müssen, den großen europäischen Mächten von einer bevorstehenden Umdenkerung Kenntniß zu geben, also hier von dem Anschlusse des Südens. Durch keine Rücksicht aber dürfen wir eine Verzögerung dieser Vereinigung eintreten lassen, wenn die Möglichkeit des Anschlusses einmal gegeben ist. Unsere Anträge bezwecken, diese Ansichten über den Anschluß der Süddeutschen und auch Luxemburgs, das nicht ausdrücklich erwähnt ist, dahin zum Ausdruck zu bringen, daß es sich dabei nicht um eine Verfassungsänderung handeln wird, sondern lediglich um eine Regelung im Wege der Gesetzgebung, und wir wollen es schon gegenwärtig in der Verfassung aussprechen, daß dieser Anschluß eine innere rein deutsche Angelegenheit ist, die allein durch das Gesetz zu regeln, damit das Ausland diesen unsern Willen erfahre und die Ueberzeugung gewinnen, daß wir diesem Willen Achtung verschaffen werden.

Abg. Schrader: M. H.! In dieser ersten Angelegenheit werden Sie von mir kein bon mot erwarten, wie etwa von dem Abgeordneten für Wiesbaden. Wenn ich aber auf die große Politik einige Streiflichter werfe, dann möchte ich zunächst den Abgeordneten v. Vinde-Hagen fragen, ob er auch den jetzt von mir vorliegenden Antrag als einen Beweis von Partikularismus ansieht. (v. Vinde-Hagen nickt.) Ich bin gern bereit, meinen Antrag gegen einen besser formulierten zurückzugeben, aber den Inhalt, die Tendenz halte ich für so wichtig, daß ich sie nicht aufgeben kann. Das erste Recht der Nation ist das auf nationale Zusammengehörigkeit. In den Tagen des alten Glanzes der Nation hieß der Verwalter des Reiches der Wahrer des Reiches. Selbst als das alte Reich aufgelöst war und die einzelnen Souveränitäten zur Entwicklung gebracht wurden, wie nie zuvor, gab es noch eine Zusammengehörigkeit in der Form des alten Bundes, auf den ich keine Lobrede halten will, von dem aber doch feststeht, daß es, so lange er bestand, keinem Fremden in den Sinn gekommen ist, deutsches Land an sich zu reißen. Dann kamen die Ereignisse des vorigen Jahres, denen gegenüber ich mich auf den Boden der Thatfachen stellen will, aber ich kann mir doch nicht verhehlen, daß Deutschland zerrissen ist und daß eine Dreitheilung vorliegt. Ich lasse mir aber nun das Traumbild meiner Jugend nicht nehmen: Das ganze Deutschland soll es sein, und zur Verwirklichung dieses Wunsches sehe ich in dem Entwurfe ein großes Hindernis. Seit dieser Entwurf uns vorgelegt worden ist, sind freilich die Verträge mit den Süddeutschen bekannt geworden, aber diese Verträge ersetzen ein normales verfassungsmäßiges Leben nicht. Ich will gern mein Amendement zu Gunsten des Dunder'schen zurückgeben, aber ich meine, wir müssen den Süddeutschen die Thür, durch die sie eintreten wollen, möglichst weit offen halten und wenn man auf das Urtheil der Geschichte hinweist, dann glaube ich, werden es die nicht zu scheuen haben, welche Deutschland nicht zerrissen lassen, sondern zusammenhalten wollen.

Abg. v. Vinde-Hagen: Ich stimme mit den Abgeordneten für Dna-brüd und Stade fast vollkommen überein; auch ich bin der Ansicht, daß wir Alles aufnehmen, so weit die deutsche Zunge klingen und Gott im Himmel Lieder singt; aber ich möchte dabei die allgemeinen politischen Verhältnisse nicht außer Acht lassen. Dem Amendement Dunder möchte ich den Vorwurf machen, daß es nicht weit genug geht. Die Deutschen, die zum ehemaligen deutschen Bunde gehörten, genügen mir nicht allein; es giebt auch Länder, die nicht zum deutschen Bunde gehörten und wo doch die deutsche Zunge klingen — die möchten wir uns doch auch nicht entgehen lassen. Was nun die Aufnahme der süddeutschen Staaten anbelangt, so denke ich mir, daß zunächst ein Vertrag geschlossen ist, in welchem sie sich zum Eintritt in den Norddeutschen Bund bereit erklären, dann würde eine Verammlung ad hoc zu berufen sein, in welcher die Bedingungen des Eintritts festgestellt werden. Und nun sprechen Sie mir doch nicht davon, daß die Antipathie des Südens bloß aus dem Mangel an verfassungsmäßigen Garantien im Norddeutschen Bunde herrühren sollen. Meine Herren! Denken Sie an die neue Ära, in der die Sympathien Süddeutschlands wahrlich nicht größer waren, als heute. Unsere süddeutschen Brüder finden es sehr bequem, wenn wir sie gegen das Ausland schützen, und unbequem, wenn sie ihr Theil dazu beitragen sollen. Die süddeutsche Begehrlichkeit, die nicht die Lasten auf sich nehmen will, welche wir tragen, ist der einfache Grund dieser Antipathie.

Das wird sich auch nicht durch einige parlamentarische Reden auswaschen lassen. Wenn der Abg. Schrader mich fragt, ob ich auch in diesem Antrage von ihm Partikularismus sehe, so sage ich wohlüberlegt: Ja wohl! Ich betrachte jedes Amendement als partikularistisch, welches dem Norddeutschen Bunde Verlegenheiten bereitet. Wenn er vom Abschluß aller Verträge abkündet und noch hinzusetzt: besonderer Verträge bedarf es nicht, so sind das staatsrechtliche und völkerrechtliche Unmöglichkeiten, die das Zustandekommen des Bundes nicht fördern können. Er hat gesagt, daß er auf dem Boden der Thatfachen stehe, aber wie er dann die Annexion von Schleswig-Holstein, wie er es vor nicht langer Zeit gethan hat, eine Sünde nennen kann, das begreife ich nicht. Er mag als Prediger über das Kapitel von den Sünden sachgemäßer urtheilen können, als ich, aber auf dem Boden der Thatfachen steht er nicht. (Heiterkeit.) Was das nationale Band des alten Bundes anbelangt, so möchte ich wiederholen, was Schulze-Delitzsch 1848 gesagt hat, er sei wohl ein Band, aber ein Pappband. (Heiterkeit.)

Und in Ansehung des Auslandes möchte ich den Abgeordneten Schrader fragen, ob er sich nicht in die Zeit von 1839 zurückversetzt, als  $\frac{2}{3}$  des Herzogthums Luxemburg gegen die Grafschaft Limburg weggegeben wurden. Ich könnte ihn auch an sein engeres Vaterland erinnern. Was hat denn der deutsche Bund für Schleswig-Holstein gethan? Haben nicht Oesterreich und Preußen die Herzogthümer befreit und zwar gegen die Beschlüsse des Bundestages? (Unterbrechung links, wahrhaftig! — den polnischen Vätern.) — Präsident Simonson: Wer schreit dazwischen! — Abgeordneter v. Vinde-Hagen fort-fahrend: Ich kann auf inaktivierte Töne nicht antworten. — Mit dem Mi-quel'schen Amendement habe ich große Sympathie und will deshalb Kleinigkeiten nicht tadeln. Was mich allein verhindern könnte, ihm zuzustimmen, wäre das, daß die Regierung erklärte, dasselbe könne ihr bei der gegenwärtigen Situation Verlegenheiten bereiten. Ich glaube dies nicht, im Gegentheil, es kann der Regierung nur angenehm sein, aber vielleicht würde sie doch offiziell erklären müssen, daß es ihr unopportunistisch sei. Ob wir zur Zeit dem Kriege entgegenstreben, oder mit Ehren nach den Frieden vermeiden können (große Heiterkeit), den Krieg vermeiden können, will ich nicht unterfragen, aber ich meine, daß die europäische Lage nicht ohne Einfluß auf die Schlussabstimmung sein sollte, und wenn der Abgeordnete für Dna-brüd die Kategorien, die gegen die Verfassung sind, charakterisirt, und sagt, das sind die Herren, die gegen uns sind, dann hätte er hinzufügen sollen, und die leider stets mit uns stimmen. Ich hoffe, daß die europäische Lage den Scheidungsprozeß zwischen ihm und den Herren, mit denen er leider stets stimmt, befördern wird. Andererseits aber hoffe ich, daß die süddeutschen Staaten und auch das erlauchte Haus Habsburg, mit dem wir Jahrhunderte lang auf so vielen Schlachtfeldern zusammengestanden haben, wenn ein Versuch des Auslandes auf Deutschland gemacht werden sollte, zu uns stehen werden, eingebettet des Dichterworts:

Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern,  
In keiner Noth uns trennen, noch Gefahr.

(Bravo rechts!) Präsident der Bundeskommission Graf Bismarck: Um der Aufforderung des Herrn Vorredners zu genügen, will ich mich mit wenigen Worten über die Stellung der verbündeten Regierungen zu dem Amendement Lasker-Miquel aussprechen. Ich kann nicht behaupten, daß die Tendenz dieses Amendements unseren Wünschen und Bestrebungen widerspricht. Eine andere Frage ist aber die, ob solche Mitglieder dieser Versammlung, welche zugleich Vertreter der Regierungen sind, sich augenblicklich in der Lage befinden, für das Amendement zu stimmen. Ich habe gesagt, daß es unseren Wünschen nicht widerspricht. Aber eine Regierung ist verpflichtet, sich bei der Ausprache ihrer Wünsche nach der Decke ihrer Rechte zu strecken. Ich will damit auch nicht behaupten, daß die Annahme dieses Amendements im Widerspruch mit dem Art. 4. des Prager Friedens stünde, ich will nur aus ähnlichen Gründen, wie ich sie gehern bei der Beantwortung der heftigen Interpellation hervorbrachte, nicht ganz den Verhandlungen, die zu einer einheitlichen Auslegung der Kontrahenten des Prager Friedens erforderlich sind, vorgehen, auch nicht die Entscheidung der süddeutschen Regierungen in einer Weise präjudizieren, zu welcher bisher der Grad ihres amlichen Entgegenkommens uns nicht auffordert. Daß im Art. 4 des Prager Friedens nicht bloß ein internationales Schutz- und Trugbündniß — wie einer der Herren Vorredner, ich weiß nicht welcher, bemerkte, ins Auge gefaßt ist, geht, glaube ich, aus seinem Wortlaut für jeden aufmerksamen Leser hervor. Es ist im Art. 4. nicht von einer neuen Gestaltung Norddeutschlands bloß die Rede, sondern von einer neuen Gestaltung Deutschlands. Der Begriff wird dadurch erläutert, daß der Nachsatz folgt: „Deutschland ohne Beteiligung des österreichischen Kaiserthums“. Also es ist zugestimmt zu einer Umgestaltung derjenigen Bestandtheile des früheren deutschen Bundes, welcher nach dem Auscheiden der österreichischen Theile des Bundesterritoriums übrig war. Es ist ferner in der dritten Zeile vor dem Schluß des Artikels von der nationalen Verbindung Süddeutschlands mit dem Norddeutschen Bunde gesprochen, also nicht von einer internationalen, welches Wort ausdrücklich in demselben Artikel auf die Beziehungen Süddeutschlands zum Auslande seine Anwendung gefunden hat. Wenn ich nichtsdestoweniger die Frage, ob der Eintritt der Süddeutschen Staaten mit diesem Artikel verträglich ist, einseitig nicht bejahen möchte, sondern ihre Beantwortung im Einverständnis mit der kaiserlich österreichischen Regierung finden möchte, so bewegt mich dazu der Umstand, daß eine der Prämissen, welche Art. 4. ausstellt, in der Kette fehlt: das ist nämlich das Zustandekommen des Süddeutschen Bundes.

Wäre dieser Zustand gekommen, oder hätte er die Aussicht dazu, so ist meine Ueberzeugung immer gewesen, daß wenn im Norden ein Parlament tagt auf einer nationalen Basis, im Süden ein anderes, diese beiden Parlamente nicht länger auseinander zu halten sein würden, als etwa die Gewässer des rothen Meeres, nachdem der Durchbruch erfolgt war. (Heiterkeit.) Diese Prämisse fehlt bisher und wir möchten bei der Ueberzeugung, daß die nationale Zusammengehörigkeit ihre Sanction durch die Geschichte ganz zweifellos dennoch empfangen wird, über die Frage, ob dies sofort und in welcher Form geschehen kann, nicht in Meinungsverschiedenheit mit der kaiserl. österreichischen Regierung über die Auslegung des neuesten Friedensvertrages zwischen uns gerathen und dieser Auslegung nicht einseitig vorgehen. Im Uebrigen bin ich auch der Meinung, daß der Unterschied zwischen dem Amendement Miquel-Lasker und dem Texte des Art. 71 so sehr erheblich in der Praxis nicht ist. Das Amendement behält dem Präsidium, oder wie ich zugebe, daß man richtiger sagen würde, dem Bundesrathe die Initiative vor und im Bundesrathe würde voraussichtlich das Präsidium die Initiative haben. Das Bundespräsidium würde ungewissheit mit dieser Initiative doch so lange warten, bis es diejenigen Verhandlungen geführt hat, die in dem Artikel 71 vorgesehen sind, und es sich durch den Verlauf der Verhandlungen überzeugt hat, daß der Moment ein- getreten ist, wo in diesem Sinne vorgegangen werden könne, ohne daß die Ver- fassung eines Moments, der später doch eintritt, mit unverhältnismäßigen Gefahren oder Bewürfnissen mit den Kontrahenten des Prager Friedens ver- bunden sei. Aus diesen Gründen werde ich mich enthalten, für das Amendement Miquel zu stimmen. Wird es angenommen werden, so wird an die ver- bindeten Regierungen ja die Frage herantreten, ob sie sich zu diesem neuen Text des Verfassungsentwurfes bei der definitiven Beschlußfassung werden bekennen können. Ich glaube nicht, diese Frage von Hause aus verneinen zu sollen, um deswillen, weil das Amendement Miquel eben die Eigenschaft hat, dem Präsi- dium und dem Bundesrathe die Entscheidung über den Zeitpunkt dennoch voll- ständig frei zu lassen und in keiner Weise verpflichtend wäre, der Frage früher näher zu treten, als wir mit allen Elementen, denen wir das Recht einzureden zuerkennen, darüber einig sind. (Lebhafter Beifall.)

Die Diskussion wird geschlossen. Es folgen persönliche Bemerkungen. Abg. Bebel: Der Herr Abg. Lasker hat mich als ein Mitglied der Kassale- schen Partei bezeichnet, die in Elberfeld für den Grafen Bismarck gestimmt hat. Daß dem nicht so sein kann, beweist meine Rede, die gegen die Politik des Grafen Bismarck Front gemacht hat. Ich erkläre, daß ich nicht der Kassale- schen, sondern der radikal-demokratischen oder der Volkspartei angehöre.

Abg. Schrader: Der Herr Abg. v. Vinde kann die Broschüre, auf die er sich bezieht, nicht gelesen haben, und ich werde mir erlauben, ihm ein Exem- plar zu verehren. (Präsident Simonson: Das ist eine persönliche Freundlich- keit, aber keine persönliche Bemerkung. Heiterkeit.) Uebrigens halte ich jedes Wort jener Broschüre aufrecht und erinnere daran, daß die vorzüglichsten Redner im preussischen Abgeordnetenhaus ihrer Zeit die Frage der Herzogthümer genau so behandelt haben, wie es in jener Broschüre geschehen ist.

Abg. v. Vinde: Ich werde das mir freundlich angebotene Exemplar ab- warten. Die letztere Noth beziehe ich nicht auf mich, da sie auf vorzügliche Redner hinweist.

Nachdem Abg. Schrader sein Amendement zu Gunsten des Dunder'schen zurückgezogen, wird zur Abstimmung geschritten. Das Amendement Dunder wird abgelehnt (dafür nur die Linke), Art. 71 der Regierungsvorlage mit sehr großer Majorität angenommen, desgleichen der Zusatz der Abg. Lasker — Miquel zu Art. 71 und schließlich der Art. 71 mit diesem Zusatz (bei den beiden

letzten Abstimmungen stimmen die Abgg. Minister Graf Bismarck und v. Koon im Eintrage mit der obigen Erklärung nicht mit der Mehrheit des Hauses).

Die Vorberathung wendet sich nunmehr der Einleitungsformel des Ver- fassungsentwurfes zu: „Se. Majestät der König von Preußen u. s. w. schließen einen ewigen Bund zum Schutze des Bundesgebietes und des innerhalb des- selben gültigen Rechtes, so wie zur Pflege und Wohlfahrt des deutschen Volkes. Dieser Bund wird den Namen des „Norddeutschen“ führen und wird nach- stehende Verfassung haben.“

Am Schlusse beantragt Abg. Scherer nach dem Worte „nachstehende“ einzufügen: „in Uebereinstimmung mit der zum ersten Norddeutschen Reichs- tage berufenen Gesamtvorstellung des Norddeutschen Volkes festgestellte“ Ver- fassung haben.

Abg. Scherer motivirt unter großer Unruhe des Hauses seinen Antrag, vornehmlich durch die Zweifel in Betreff des Ursprungs der Verfassung, ob durch Oetroyirung oder Vereinbarung entstanden, welche Zweifel durch seinen Zusatz gehoben werden; ferner durch die Nothwendigkeit die Auffassung aus- zuschließen, als werde dieser Reichstag mit seinen Beschlüssen durch die nach- trägliche Zustimmung des preussischen Abgeordnetenhauses unter die Vormund- schaft des letzteren gestellt.

Abg. Kantat: Wir (die polnischen Abgeordneten) haben durch unsern Protest unser Recht gewahrt und seitdem geschwiegen; wir würden auch heute schweigen, wenn das Amendement Scherer uns nicht zu sprechen veranlaßt. Nicht weil es von einer „Uebereinstimmung“ spricht, an der wir uns in zweifel- loser Weise nicht betheiligen konnten; nicht weil es unklar vom „Norddeutschen Volke“ spricht, während die Erfahrungen, bei denen ich deshalb nachgefragt, wohl von Norddeutschen Staaten, aber nichts von einem Norddeutschen Volke wissen; sondern weil es die Polen dem deutschen Volke zuzählt. Man kann uns wohl zwingen, einem deutschen Bundesstaat, aber nicht dem deutschen Volke anzugehören.

Abg. Twesten: Das Bedenken des Vorredners gegen den Ausdruck „Norddeutsches Volk“ theile ich durchaus, für mich ist ein solches nicht da. Materiell gehört der Zusatz des Abgeordneten Scherer nicht in die Einleitungs- formel der Verfassung. Was die Bevormundung des Reichstages durch das preussische Abgeordnetenhaus betrifft, so hat das letztere bei der Verfassung des Wahlgesetzes für den Reichstag die staatsrechtliche und unanfechtbare Theorie aufgestellt, daß keine Verfassung auf einem andern Wege als auf dem von ihr selbst bezeichneten Wege geändert werden kann, die preussische also nur im Wege der Uebereinstimmung der drei Faktoren der Gesetzgebung. Die preussische Bevormundung hat an ihrer Verfassung einen festen Boden unter den Füßen, der Reichstag aber, der ein neues Werk erst schaffen soll, hat ein urfünftliches Recht nicht unter den Füßen. Herr Scherer wiederholte dann, daß das preussische Ab- geordnetenhaus unmöglich ablehnen könne, was in diesem Reichstag beschlossen ist. Ich glaube auch, daß das sehr schwer halten würde, daß aber, wie die Reichsverfassung aus der Vorberathung hervorgegangen ist, eine große Resignation für einen Theil der preussischen Landesvertretung dazu gehören wird, ihr zuzustimmen, daß nur die Rücksicht auf den großen historischen Zweck der Ein- igung sie würde bestimmen können, auf solche wesentliche und wichtige Rechte nicht bloß für sich zu verzichten, sondern mindestens für eine Zeit lang für die Volksweltung überhaupt. Es wäre vergeblich zu glauben, daß für die Bun- desverfassung, wie sie jetzt vorliegt, ein Enthusiasmus im Volke hervorgerufen werden könnte (Sehr richtig!) so wenig wie im Jahre 1815 nach den großen Erfolgen Preußens und Deutschlands für die Bundesakte von 1815. In ähn- licher Weise werden Sie vom deutschen Volke nicht verlangen können, daß es sich für dieses Werk erwarmt. (Hört!)

Es wird dieses Werk als ein Werk der Noth betrachtet, hervorgegangen aus Kompromissen zwischen verschiedenen Rücksichten und Interessen. Wir sind dar- über wohl berechtigt, die Warnung, wir sollten nicht zu viel verlangen, wir sollten resigniren und das große Werk nicht aus Parteiwünschen hindern, der andern Seite des Hauses und den Regierungen zurückzugeben, damit sie nicht durch die Zumuthung von Dingen, zu denen wir uns nicht verstehen können, das Zustandekommen des Werkes erschweren. Hr. v. Vinde wirft uns vor, daß wir zusammenhängen mit Gegnern des Werkes, mit Partikularisten und De- mokraten. Allerdings haben wir in vielen konstitutionellen Fragen mit Mit- gliedern des Hauses gestimmt, mit denen wir nicht eben in Gesinnungen und Anschauungen über das vorliegende Werk eng verbunden sind. Aber eine Ur- sache, daß wir für manche Bestimmungen nur eine kleine und schwankende Ma- jorität mit Hilfe solcher Mitglieder erlangten, lag zum Theil in Hr. v. Vinde und seinen Freunden, auf die wir beim Eintritt in den Reichstag für die Ver- rechterhaltung mancher konstitutionellen Grundsätze glaubten zählen zu können. Da sie uns aber in den wesentlichen konstitutionellen Fragen im Stiche gelassen und Miene machten, nicht bloß für einige Zeit, wie wir es um des Werkes willen wollten, sondern für immer auf die Grundrechte des Volkes zu verzich- ten, da haben wir uns allerdings freuen müssen, wenigstens mit Hilfe mancher Mitglieder, die uns sonst nicht nahe standen, eine, wenn auch geringe Ma- jorität zu finden für Grundsätze, auf die wir im Namen der Zukunft unseres Va- terlandes niemals verzichten können. (Lebhafter Beifall.)

Abg. v. Vinde begreift nicht, wie man die Wiener Bundesakte, wenn man sie kennt, mit dieser Bundesverfassung zusammenstellen kann. Er und seine Freunde hätten die nationale Sache über alles gestellt, auch über die konstitu- tionelle Schablone.

Abg. Twesten: Ich kenne den Entwurf und die Bundesakte ziemlich ge- nau und der einzige Vergleichspunkt, den ich hervorhebe, ist der, daß den jezt- gen Wünschen und Anforderungen des Volkes die Bundesverfassung, die wir jezt beschlossen haben, wohl ebenso wenig vollständig genügen dürfte, wie un- ter andern Umständen ein anderes Werk. Was Herr v. Vinde übrigens als konstitutionelle Schablone bezeichnet hat, betrachte ich als ein wesentliches und nicht aufzugebendes Recht. (Beifall links.)

Das Amendement Scherer wird, nachdem er den Ausdruck „norddeut- schen Volkes“ abgeändert hat in „der Bevölkerung der norddeutschen Bundes- staaten“ — abgelehnt und die Einleitungsformel der Regierungsvorlage so gut wie einstimmig angenommen, desgleichen die Ueberschrift „Der Entwurf der Verfassung des Norddeutschen Bundes“. Selbstverständlich fällt der Ausdruck „Entwurf“ nach definitiver Annahme der Verfassung fort.

Damit ist die Vorberathung geschlossen.

Es folgen Wahlprüfungen ohne besonderes Interesse bei großer Unruhe des Hauses. Sämmtliche Wahlen, über die berichtet wird, darunter die der Abg. Nordenfied und Gneiss werden für gültig erklärt. Aus vier Wahlkreisen fehlen die Akten.

Präsident Simonson zeigt an, daß die Zusammenstellung der in der Vor- berathung gefaßten Beschlüsse morgen sich gedruckt in den Händen der Mit- glieder befinden und auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung gesetzt werden wird.

Schluß 1½ Uhr. Nächste Sitzung Montag 10 Uhr.

## Lokales und Provinzielles.

Posen, den 11. April.

— [Zur Auswanderung.] An den Vorstand der hiesigen Synagoge ist ein Schreiben aus Liverpool vom 25. v. Mts. einge- gangen, von dem uns durch freundliche Hand Abschrift mit der Ermächtigung zur Veröffentlichung zugegangen ist. Das Schreiben lautet:

An den Vorstand der jüdischen Gemeinde in Posen.  
**Society of Friends of Foreigners in distress.**

Seit mehreren Jahren ist die Aufmerksamkeit der Gesellschaft für hilf- bedürftige Fremde in Liverpool auf das Elend gerichtet gewesen, in welchem sich die Mehrzahl derjenigen Juden, die vom Kontinent nach England aus- wandern, um ihre Lage zu verbessern, bei ihrer Ankunft hier befindet. Eine große Zahl von Juden von Posen, Russisch-Polen, Warschau, Ungarn u. s. w. theils verheirathet in Begleitung vieler Kinder, theils unverheirathet, kommen theils in Hull und anderen englischen Häfen an, von wo sie alsbald sich nach Manchester, Birmingham und besonders nach Liverpool begeben. Hier verfallen sie binnen Kurzem in die größte Armuth, da es ihnen ohne Mittel, ohne Kennt- niß der englischen Sprache und ohne ein Handwerk erlernt zu haben, unmöglich ist, hier Arbeit zu finden oder ein Geschäft zu beginnen. Sie sind dadurch allei- n auf Betteln angewiesen und was ihre Lage verhilmmert, ist daß sie sich aus- reichenden Strupeln weigern, in's Armenhaus zu gehen, dem letzten Zufluchts- ort englischer Armen, und dort zubereitete Speisen zu genießen. In manchen Fällen verläßt der Mann seine Frau und Kinder, daran verzweifeln, unter- hier zu finden und diese werden buchstäblich dem Hungertode preisgegeben, wenn nicht die Gesellschaft für hilfbedürftige Fremde ihrer annähme. Doch ist es nicht die Gesellschaft für hilfbedürftige Fremde, deren Mittel mäßig sind und an die viele andere begründete Ansprüche von allen Seiten gemacht werden, nicht

(Fortsetzung in der Beilage.)



eine ganze Klasse Menschen unterhalten kann, deren Unüberlegtheit sie in diese Lage gebracht hat.

Da ungeachtet dieser traurigen Erfahrungen diese Einwanderung nicht nur anhält, sondern sogar mit jedem Jahre zunimmt, so ist zu fürchten, daß nicht bloß allgemeine Ursachen dazu veranlassen, wenn diese Unglücklichen auf dem Kontinent von einem Ort zum anderen gewiesen werden, bis sie endlich hier in Liverpool anlangen, wodurch unsere Stadt ein Aufnahme-Ort wird, in welchen der Pauperismus durch alle Kanäle des Kontinents zufließt.

Unter diesen Umständen hat die Gesellschaft sich veranlaßt gesehen, energische Maßregeln zu ergreifen, um diesem Uebel ein Ende zu machen. Sie macht daher alle jüdischen Auswanderer und solche Leute oder Gesellschaften, welche, wenn auch mit der besten Absicht dieselben zur Reise nach England unterfügen, ohne sie mit Mitteln zur Weiterreise zu versehen, darauf aufmerksam, daß der Fremde, welcher hilflos hierher kommt, nichts als Elend zu erwarten hat. Liverpool ist von Armen, sowohl englischen als fremden überlaufen, welche arbeitsuchend hierherkommen und hat vor allen Städten Englands das größte Proletariat. Was die Hoffnung anbetrifft, welche Viele hegen, hier Mittel und Wege zu finden, nach Amerika zu gelangen, so ist diese besonders für Familien eine völlig eitle, da eine der Hauptregeln der Statuten der Gesellschaft ist, die Auswanderung nicht zu unterstützen. Jeder, verheiratet oder unverheiratet, welcher daher hierher kommt, hilflos u. auf die Wohlthätigkeit hier bauend, hat nichts von der Gesellschaft zu erwarten, als die Mittel zur augenblicklichen Nothdurft nach dem Kontinent zu führen, von welchem er ausgegangen ist. Schließlich möchte das Komitee noch bemerken, daß dieser Protest gegen die Einwanderung von Juden nach Liverpool nicht von religiösen Vorurtheilen oder anderen unwürdigen Beweggründen ausgeht; die Thatsache, daß, ungeachtet der geringen Zahl jüdischer Beiträge und Mitglieder, die Gesellschaft jährlich ungefähr ein Drittel ihrer Einnahmen zur Unterstützung von Juden ausgiebt, dient als Beweis dafür, daß sie unverändert festhält an s. 1 ihrer Statuten:

„Der Zweck der Gesellschaft ist die Unterstützung bedürftiger Fremden, die es verdienen, ohne jede Rücksicht auf Nationalität, Religion oder politische Meinung.“

Die Gesellschaft zur Unterstützung hilflosbedürftiger Fremden ersucht daher alle im Namen der Menschlichkeit, diese Einwanderung zu verhindern. Sie hat die Genußnahme, mittheilen zu können, daß ihre Ansichten hierüber von den Hauptern der beiden hiesigen jüdischen Gemeinden vollständig getheilt werden, da sie auf dem besten Fuße mit denselben stehend, diese Angelegenheit gemeinschaftlich überlegt haben.

Die Gesellschaft möchte Sie schließlich bitten, Obiges durch eine kurze Anzeige bekannt zu machen und ist überzeugt, daß Sie dadurch nur Gutes bewirken können.

#### Im Auftrage des Komitees:

gez. Herman Soltersfeldt, gez. Edm. Pictet,  
Vizepräsident. Sekretär.

Seitern Nachmittag um 1 Uhr entwendete ein Mädchen in einem Laden des Hauses Nr. 1. am alten Markt ein Stück Band. Während sie ein herbeigerufenen Polizeibeamten examinierte, versammelten sich vor dem Laden so viel Menschen, daß man den alten Markt nur schwerlich passieren konnte. Ein Mann, der sich als Verwandter des Mädchens ausgab, und ein zweiter nahmen die Partei desselben und verlangten Freilassung. Trotz mehrmaligen Hinauswerfens aus dem Laden durch den Polizeibeamten drängten sie sich doch mit Gewalt wiederholt in denselben und leisteten beharrlichen Widerstand. Eine hinzugekommene Militärpatrouille, aus 3 Mann bestehend, hatte Mühe, die Menschenmenge vom Schauplatz zu entfernen, wobei sich einer der Zuschauer sogar der Patrouille widersetzte. Das Mädchen und ihre beiden Protektoren wurden durch den Polizeibeamten und einen Mann von der Patrouille nach der Polizei abgeführt.

Wojanowo, 9. April. Unser Vorschußverein setzt seine bekannte Thätigkeit fort. Im Monat März hatte er eine Einnahme von 6788 Thaler 18 Sgr. 7 Pf., worunter 430 Thlr. 19 Sgr. 6 Pf. an Beiträgen der Mitglieder, 5216 Thlr. zurückgezahlte Vorschüsse und 145 Thlr. 18 Sgr. eingegangene Sinsen waren. Die Ausgabe betrug im Ganzen 6075 Thlr. 27 Sgr. 9 Pf., so daß sich bei der stattgefundenen Kassenrevision ein baarer Bestand von 712 Thlr. 20 Sgr. 10 Pf. vorfand. Das Vertrauen zu dem Vereine wächst namentlich bei der ländlichen Bevölkerung. — Im Laufe des Sommers soll nun auch der Provinzialverbandstag bei uns abgehalten werden. Es ist zwar von einem Vereine der Antrag gestellt worden, denselben zum dritten Herbstfest zu befehlen; was jedoch schwer anzuordnen dürfte, da die Zeit schon zu nahe herangerückt ist. — In den letzten Wochen haben die Prüfungen in der zur hiesigen Parochie gehörigen Landeskule stattgefunden. Dieselben sind nach dem Auspruch des Herrn Schulinspektors befriedigend ausgefallen. — Heute fand im hiesigen Bürgergymnasium die Einführung des neuen Organisations und Lehrers in der hiesigen Bürgergymnasium statt. Der Lehrerkollegium ist durch diesen Eintritt wie Pastor prim Müller statt. Das Lehrerkollegium ist durch diesen Eintritt wie Pastor prim Müller statt. Das Lehrerkollegium ist durch diesen Eintritt wie Pastor prim Müller statt.

Boret, 6. April. [Chausseefrage; Diebstahl.] In den kommerziellen Kreisen unserer Stadt hört man seit einiger Zeit täglich allgemein darüber klagen, daß die Chausseefrage von hier nach Lissa und namentlich zwischen Gostyn und Lissa in einem so miserablen Zustande sich befindet, daß dieselbe mit Frachtfuhrwerk fast gar nicht mehr zu passieren ist, und daß dadurch bereits große Entbehrungen eingetreten sind, weil Kaufleute, welche vielfältig Verbindlichkeiten durch Lieferungen von Getreide nach Lissa übernommen haben, denselben nachkommen außer Stand gesetzt sind. Auf dieser Strecke wird nämlich seit einiger Zeit fruchtlos aufgeschüttet, ohne daß eine Abwalzung der Bahn sofort stattfindet. Selbstverständlich kann eine solche Bahn ein schwer beladenes Frachtfuhrwerk nicht passieren und der Sommerweg ist bei dem schwer beladenen Frachtfuhrwerk bereits so durchgeföhren, daß es schon vorgekommen, daß Wagen bis unter die Achsen versunken, mit 8 Pferden nicht herauszuziehen waren und auf freier Straße mehrere Tage liegen blieben, wozu sich also die Lieferungen verspätet mußten. Mögen diese Beilen veranlassen, daß dem momentanen Uebelstande eine recht schnelle Abhilfe, und für die Folge einem gleichen vorgebeugt werde.

In der verflochtenen Nacht ist in dem Laden des hiesigen Lederhändlers G. ein beträchtlicher Diebstahl verübt worden, wobei anzunehmen ist, daß dazu eine Verbindung mehrerer Komplizen gehörte. In dem durch Fensterladen zufällig nicht verschlossenen Fenster des Ladens wurde eine Scheibe ausgeschlagen, die am Fenster selbst gefandenen Glasgegenstände ausgeräumt und durch die Öffnung demnach ein Mitglied der Diebesbande in den Laden gelassen, welcher dann von Innen geöffnet und den Dieben Eingang in denselben gewährt haben muß. Der Werth der gestohlenen Leder und Leinwand wird auf mehrere hundert Thaler berechnet, würde aber ein noch viel größerer gewesen sein, wenn die Tochter des Beschlagnahmten, welche in dem Laden geschlafen, durch das Geräusch der Diebe nicht erwacht und durch lautes Aufschreien dieselben vertrieben hätte. Ob jedoch eine Verfolgung der Diebe möglich war, hatten dieselben das Beste gesucht und bis zu diesem Augenblicke hat es der hiesigen Polizei nicht gelingen können, denselben auf die Spur zu kommen.

Kreis Meseritz, 8. April. [Brutalität; Diebstahl; Real-] Am 5. d. M., Abends, ist gegen den außerhalb der Stadt Meseritz wohnenden k. k. Distrikts-Polizei-Kommissarius ein Akt der Brutalität verübt worden, der leicht hätte zwei Menschenleben kosten können. Gegen 9 Uhr wurden nämlich in ein Parierre gelegenes Zimmer, in welchem die Frau des Distrikts-Kommissarius und dessen jüngste Tochter in zwei nebeneinanderstehenden Betten schliefen, während der gerade fränke Mann mit den übrigen Kindern sich in einem obern Zimmer befand, vier große Feldsteine, im Gewicht von je ca. 2 Pfund gegen die Köpfe der Betten in kurz aufeinander folgenden Zwischenräumen mit solcher Heftigkeit geschleudert, daß sie in die Mauer des Zimmers einbrangen und unschlagbar den in den Betten Liegenden die Köpfe zerquetscht worden wären, wenn sie von den Steinwürfen getroffen worden. Der Verübler dieser ruchlosen That, der es ersichtlich auf den Distrikts-Kommissarius selbst abgesehen hatte, und den er in dem Zimmer glaubte, hatte alle vier Würfe in derselben Richtung unfehlbar in menschlicher Absicht dirigiert. Der Vorfall ist der k. k. Staatsanwaltschaft zur Anzeige gebracht worden, welche mit Energie die Verfolgung desselben in die Hand genommen hat. Der Verdacht der Thäterschaft lenkt sich auf einige Persönlichkeiten, deren Motivs nachzufragen sein dürfte.

Ueberhaupt kommen in Meseritz wieder öfter Excesse und auch Diebstähle vor, namentlich aber auch auf dem platten Lande, seitdem sich verschiedene bereits bestrafte Individuen auf freiem Fuße befinden. So sind vor Kurzem in

einer Nacht einem größeren ländlichen Mühlenbesitzer, der sich besonders auf Hühnerzucht legt, 32 zum großen Theil sehr werthvolle Hühner gestohlen worden. — So. Excellenz der Herr Minister der geistlichen und Unterrichts-Angelegenheiten hat verfügt, daß bei der k. k. Real- und Meseritz die zweidienlichen Anordnungen getroffen werden, um denjenigen Böglingen der Anstalt, welche für Gymnasialstudien bestimmt sind, ihre entsprechende Weiterbildung zu sichern und so ihr Verbleiben auf der Anstalt zu ermöglichen. Die in Folge dessen getroffenen Einrichtungen sind der Art, daß der Aufnahme und angemessenen Förderung neuer, für Gymnasialstudien bestimmten Schüler nichts im Wege steht.

P. Inowracław, 9. April. Das verspätete Frühjahr dieses Jahres, in dessen Folge zahlreiche Regengüsse erscheinen, macht seinen Einfluß auf die landwirthschaftlichen Verhältnisse höchst fühlbar. Es giebt in unserm schweren kufajawischen Boden, der von Nässe strotzt, sehr viele Güter, welche die Arbeiten zur Sommerfaat noch nicht begonnen haben. Der Wasserstand des Goplofles hat eine Höhe erreicht, deren sich keiner der ältern Anwohner des Sees, die wir gesprochen, entsinnen kann. Das sogenannte Bachorzbrück, welches nach seiner Entwässerung durch eine besondere Meliorationsgesellschaft vielfach zum lohnenden Anbau von Delaaten verwendet wird, ist in diesem Jahre vollkommen überschwenmt und die Saaten fast ertränkt.

#### Personal-Chronik.

Posen, 10. März. Personal-Veränderungen bei den Justizbehörden im Bezirk des Königl. Appellationsgerichts zu Posen für den Monat März 1867.

I. Beim Appellationsgericht: Der Appellationsgerichts-Rath Johow ist in das Königl. Finanzministerium berufen und die Vertretung desselben dem Kreisgerichtsrath K. o. h. e. aus Goldberg übertragen worden.

II. Bei den Kreisgerichten: a. Gräg: Der Kreisrichter Gierisch ist als Stadtrichter an das Königl. Stadtgericht in Berlin versetzt worden; b. Kofen: Der Kreisrichter Emmel aus Bregitz zum Staatsanwalt ernannt worden. c. Krotoschin: Der Rechtsanwalt und Notar Kubale ist gestorben. d. Rawicz: Der Kreisgerichtsrath Gaede ist als Stadtrichter an das Königl. Stadtgericht in Breslau versetzt worden. e. Wollstein: Der Kreisrichter Bahlmann ist aus dem Justizdienst entlassen worden.

Personal-Veränderungen im Bereiche der Intendantur des 5. Armee-Korps. Beförderungen. 1) Intendantur-Rath Großmann zum Intendanten ernannt. 2) Intendantur-Assessor Tobisch zum Intendantur-Rath. Versetzungen. Sekretär Chrzęst zur Intendantur 9. Armee-Korps.

Personal-Veränderungen im Bereich der Provinzial-Steuer-Verwaltung zu Posen sind:

a. befördert: 1) Der Ober-Steuerkontrollleur Nehlpp in Gräg zum Hauptamts-Kontrollleur in Meseritz, 2) der Hauptamts-Assistent Sorge in Bromberg zum Ober-Grenzkontrollleur in Pogorzelle, 3) der berittene Steuer-Aufseher Lewandowski in Lissa zum Ober-Grenzkontrollleur in Stalmierz, 4) der berittene Steuer-Aufseher Garbrecht in Kofen zum Hauptamts-Assistenten in Stalmierz, 5) der berittene Steuer-Aufseher Kollmann in Posen zum Hauptamts-Assistenten in Bromberg und 6) der Thorkontrollleur Prüfer in Posen zum Steuer-Einnehmer in Dobornitz. b) versetzt: Die Ober-Grenzkontrollleur v. Bibow von Podzamce nach Gräg, Klöbe von Woycin nach Braunsdorf, K. o. r. von Stalmierz nach Podzamce, Schönwald von Pogorzelle nach Woycin, Glaubitz von Gnesen nach Bromberg und Floeter von Braunsdorf nach Gnesen. c) pensionirt: der Steuer-Einnehmer Meyer in Dobornitz. d) gestorben: der Steuer-Einnehmer Rudnik in Birke.

#### Literarisches.

Der preussische legale evangelische Pfarrer. Eine übersichtliche Darstellung des Preussischen evangelischen Kirchenrechts von R. G. Voche. Vierte umgearbeitete Ausgabe. Nach dem Tode des Verfassers unter Mitwirkung des Dr. W. Altmann, evangelischen Pastors und Schulinspektors, besorgt von Dr. A. Altmann, R. Pr. Kreisrichter. 1. Lieferung. Braunschw. C. A. Schwetsche und Sohn. 1867. 8. 160 S. 25 Sgr.

Voche's legaler evangelischer Pfarrer hat durch die in jeder neuen Ausgabe eingetragenen Verbesserungen sich wachsender Anerkennung und Verbreitung zu erfreuen gehabt. Immerhin ließ das praktisch angelegte Buch hinsichtlich der wissenschaftlichen Begründung und Durchdringung des Stoffes, soweit diese Anforderungen trotz des praktischen Zweckes gestellt werden müssen, Manches zu wünschen übrig. Jetzt erscheint dasselbe nach dem Tode des Verfassers in einer ganz neuen Ausgabe, zu deren Bearbeitung sich 2 Brüder, ein Jurist und ein Theologe, die Hand gereicht. Dr. A. Altmann, der Jurist, \*) der eigentliche Herausgeber, ist Verfasser des 1861 erschienenen Buches: Praxis der preussischen Gerichte in Kirchen-, Schul- und Ehefachen, \*\*) und muß also solche für die Arbeit von vornherein sehr befähigt erscheinen, während die Mitwirkung des erfahrenen Pfarrers und Schulinspektors dem Unternehmen nur vorteilhaft sein kann.

Die jetzt vorliegende erste Lieferung des Werkes, welcher noch zwei von etwas größerem Umfange folgen sollen, beschäftigt sich im ersten Abschnitt mit den Quellen des preussischen Kirchenrechts, im zweiten Abschnitt unter dem Titel: Allgemeine Lehren und Verhältnisse mit der Glaubens- und Religionsfreiheit und deren geschichtlicher Entwicklung in Preußen, der Stellung der Dissidenten, mit der Union und deren Geschichte. Die gründliche, überall auf die Quellen zurückgehende und verweisende und dabei doch Breite und Trockenheit vermeidende Art der Behandlung ist geeignet, unter den praktischen Theologen dem so sehr vernachlässigten Studium des Kirchenrechts Theilnahme zu erwecken und durch die reichlich nachgewiesene einschlägige Literatur förderlich zu werden. Der Standpunkt des Verfassers ist der jener Union, die sich nicht bloß auf Gemeinschaft des Kirchenregiments und Sakraments beschränkt, sondern auf volle Gemeinschaft auch des Bekenntnisses hinzielt.

Das jetzt erschienene erste Heft bricht in der Geschichte der Union seit 1817 ab und erweckt den lebhaften Wunsch, daß die bald erscheinende Fortsetzung etwas dazu beitragen möge, die durch die politischen Ereignisse erweckte kirchliche Bewegung in die rechte heilsame Bahn besonnener Verständigung zu leiten. Möge den Verfassern zur Fortführung ihres sehr zeitgemäßen Werkes Gottes Beistand in reichem Maße zu Theil werden!

Prof. M.

\*) Wie aus dem Justizministerialblatt zu ersehen, ist der Kreisrichter Dr. Albr. Altmann kürzlich an das Berliner Stadtgericht versetzt worden. Nach anderen Mittheilungen dürfte er in Kürze beim Appellationsgerichte in Hannover verwendet werden. D. Red.

\*\*) Leipzig. Bernh. Taubnitz. 824 S.

E. St. C. — Das erste Vierteljahrsheft der „Zeitschrift des Königl. preussischen statistischen Bureau“ giebt Auskunft über das Lebensversicherungswesen im preussischen Staate während der Jahre 1863—1865; wie bei den meisten statistischen Mittheilungen, welche das Königreich Preußen betreffen, ist auch in diesem Falle aus Mangel an brauchbaren Nachrichten gar keine Rücksicht auf die einschlägigen Zustände in den neuen Landestheilen genommen. Für die älteren acht Provinzen sind freilich vollkommen ausreichende Unterlagen einer guten Versicherungsstatistik ebenfalls nicht vorhanden gewesen; gleichwohl darf man ohne erheblichen Irrthum die ermittelten Hauptzahlen als zureichend bezeichnen. Wegen der interessanten Folgerungen, welche man daraus herleiten vermag, wollen wir auf einige der wichtigsten Verhältnisse hier kurz aufmerksam machen.

Am beliebtesten ist in Preußen diejenige Versicherungsform, mittels deren man seinen Erben die Verfügung über ein festes Kapital verschaffen will, d. h. die Kapitalversicherung auf den Todesfall. Sie hat durch die Anstrengungen der konkurrierenden Gesellschaften, namentlich der jüngeren unter denselben, einen bedeutenden Aufschwung genommen: während zu Ende 1861 rund 57,500 Personen ihr Leben auf 70 1/2 Millionen Thaler Kapital versichert hatten, ergaben sich drei Jahre später 109,300 Personen (oder bei manchen Gesellschaften Poligen) mit 114 1/2 Millionen Thaler. Man darf diese Steigerung nicht ohne Weiteres für eine Zunahme des Wohlstandes des Landes ansehen, sie ist vielmehr ein Beweis des Vordringens der Ueberzeugung von der Möglichkeit und Wohlthätigkeit der Lebensversicherung; denn 1861 war durchschnittlich jede Person mit 1231 Thlr., 1864 mit nur 1049 Thlr. versichert. Auf 7 preussische Lebensversicherungsgesellschaften kommen von dem Bestande zu Ende 1864: 62,000 Personen mit 59 1/2 Millionen Thlr., auf 9 deutsche Gesellschaften 40,500 Personen mit 44 1/2 Millionen Thlr., auf 13 außerdeutsche 6725 Personen mit 11 1/2 Millionen Thlr.; aus diesen Ziffern geht entweder hervor, daß unsere einheimischen Gesellschaften größeres Vertrauen bei den kleinen Leuten genießen, oder daß die außerdeutschen Gesellschaften geringere Prämien als die deutschen auf hohe Versicherungssummen nehmen. Uebrigens ist auch der durchschnittliche Betrag für außerpreussische Versicherungen bei denselben Anstaltsklassen ähnlich abgestuft: nämlich bei den preussischen 1153, den außerpreussischen deutschen 1346, den außerdeutschen 3900 Thlr. Weitere Konsequenzen aus dieser Thatsache zu ziehen, ist so lange unmöglich, als nur die preussische Statistik Aufschlüsse über das Versicherungswesen innerhalb bestimmter Landesgrenzen giebt.

Von den im Jahre 1864 versichert gewesenen Personen nahmen die gedachten 29 Gesellschaften zusammen 3 1/2 Millionen Thaler Prämie ein, d. h. durchschnittlich 32 1/2 pro Mille des Kapitals gegen 33 1/2 pro Mille im Jahre 1861. Daß ein übermäßiger Prämienbrud stattgefunden, ist damit noch nicht konstatirt, zumal ausweislich einzelner Berichte namentlich jüngere Personen zahlreicher als sonst in die Versicherung eingetreten sind.

Auch die Begräbnißgeld-Versicherung hat zugenommen; von 40,800 Personen im Jahre 1861 auf 73,200 drei Jahre später. Der durchschnittliche Betrag einer Versicherung war in beiden Zeiträumen 58 Thlr. Hierbei sind einzig die großen Gesellschaften, welche das Sterbefall-Geschäft nur nebenbei betreiben, und nicht die unzähligen kleinen Vereine in Rechnung gezogen, welche entweder allein Begräbnißgeld oder auch Kranken-, Invaliden-, Wittwengeld und dergleichen versichern.

Höchst unsichere Nachrichten sind über die Kapital-Versicherung auf den Lebensfall vorhanden; zufolge der Angaben von Seiten einzelner Gesellschaften waren 1861 rund 25,000 Personen mit wenig über 1 Million Thlr. Kapital, 1864 dagegen 31,600 Personen mit 3 1/2 Millionen Thlr. versichert.

Eine ganz geringe Ausdehnung, ja der verhältnismäßigen Personenbetheiligung nach sogar einen Rückgang hat die Rentenversicherung erlitten, gegen 62,900 zu Ende 1861 mit 506,000 Thlr. Rente versicherte Personen waren 3 Jahre später rund 64,000 Personen mit 529,000 Thlr. Rente eingeschrieben.

#### Die Latrinen-Abfuhr.

Unsere Lokalpresse ist nicht, wie die Berliner, Frankfurter u. in der Lage, „bis auf's Messer“ zu kämpfen gegen die Kanalisation und für die Abfuhr und landwirthschaftliche Verwerthung der Dungstoffe. Gegen die Kanalisation kämpft bei uns schon der städtische Selbst. Aber wenn uns die Abfuhr als einziges Mittel, sanitätspolizeiliche und wirthschaftliche Forderungen zu erfüllen übrig bleibt, so muß sie auch systematisch betrieben werden. Bis jetzt ist bei uns dem Belieben noch sehr viel Raum gelassen; der legt Klosets an, jener baut Gruben, in einzelnen Stadttheilen mag das Eine wie das Andere noch zu den Luxus-einrichtungen gehören. Der kluge Bauer aber, der Nachts mit seinem Karren unsere Straßen verpestet, ist wälschisch und sucht sich Gruben aus, die ihm gute, ammoniakhaltige Waare liefern; er verschmätzt die Klosets entweder ganz und gar oder fragt an, wie viel er jährlich für Entnahme ihres Inhalts an baarem Gelde zuerhält? Will sich der Hauseigentümer nicht wozu verstehen und ist die Waare ohnehin unbenutzbar zu gewinnen, so bleibt sie, wo sie ist und wird allmählich durch die menschlichen Geruchsorgane aufgesogen.

Der Bauer hat Recht; es kann von ihm nicht verlangt werden, daß er Wasser aus der Stadt auf sein Land fahre. Er ist auch ferner nicht dumm, wenn er sagt, ich werde mich halten, die kleinen, unbenutzbaren Söse zu befahren, und magere Gruben zu leeren, wenn ich meinen Karren auf andere Art leichter voll kriegen kann. Ich habe die Wahl, macht Ihr kleinen Hausbesitzer, was Ihr wollt, wozu habt Ihr Eure Nasen? Wir hängen von der Laune des Bauern ab, das ist unser System.

Al, hieß es, das geht nicht an; wir haben jetzt Wasserleitung, folglich müssen wir auch Klosets haben. Dann ist alle Noth vorüber. Bei dem prächtigen Vorrath von Wasser in Röhren und Sösen dürfen wir es nach der Benutzung nur sammeln, wo aller häuslicher Unrath gesammelt wird, täglich eine halbe oder Viertelstunde auspumpen lassen, und wie schon geht es, ohne uns weitere Unkosten zu verursachen, die Minneleine hinab!

Ja, wenn die Polizei nicht wäre! Aber nun kommt wieder der lauernde Polizist, und fordert ungefüllte Schließung des Rohrs, unter dem Vorgeben, daß der benachbarte Kinnstein pestilenzialische Dünste aushaucht, so daß die Vorübergehenden sich die Nase zuzulassen. Was nun?

Man hat das schönste Kloset, aber kein Bauer, noch sonstiger Landmann fragt mehr an; in die Straße darf nichts abfließen, es bleibt also dem guten Hausherrn nichts übrig, als einen Getreuen mit dem Eimer in der Hand hinabzufahren in den furchtbaren Schlund und für die Wegschaffung des Stoffes zu sorgen tant bien que mal.

Was ist es also mit dem Kloset? Es liegen uns einige in Frankfurt a. M. gedruckte Broschüren über pneumatische Städtereinigung vor. Darin lesen wir in fetter Schrift die geflügelten Worten: Vater, Klosets sind ein ganzlich überwundener Standpunkt. Das klingt unseren Ohren neu. In Frankfurt schon überwunden, rufen wir, und in Posen faun eingeführt! Ist das der Unterschied der östlichen und westlichen Civilisation? Die Sache erfordert einiges Nachdenken.

Dieser Gegner der Klosets ist auch ein Gegner der Kanalisation, er setzt voraus, daß Eins das Andere bedinge. Doch diese Voraussetzung würde bei uns nicht zutreffen. Hier denkt Niemand an Kanalisation, und doch, wenn die Paar hundert von Hauswirthten, welche Klosets eingerichtet haben, befragt würden, ob sie dieselben kassiren wollten, welches Gesicht würden sie machen? Also wir nehmen nun an, die Polizei ist nicht in der Lage, die Hausbesitzer zur Ersetzung ihrer Klosets durch andere entsprechende Einrichtungen zu nöthigen, und verbietet doch den Ablauf der Abtrittsflüssigkeiten durch die Minneleine, obgleich hier zur Zeit nicht, wie in Berlin oder Breslau, eine öffentliche Verordnung dagegen besteht, was soll dann geschehen?

Auf diese Frage giebt es nur eine Antwort. Die Abfuhr muß so organisiert sein, daß sie sowohl den Inhalt der Klosets als den der Gruben entfernt, oder mit einem andern Wort, die Waagerechte Maschine muß im weitesten Umfange in Thätigkeit gesetzt werden.

Verfasser hat schon an einem anderen Orte vorgeschlagen, die Abfuhr des Straßendüngers mit der der Klosets zu vereinigen. Wird beides vor den Thoren auf Haufen gefahren und in gehörigem Verhältnis gemengt, so kann es an Abnehmern nicht fehlen. Der benachbarte Landwirth, der diesen Dung durch seine Gespanne unter ordentlicher Kontrolle schnell abfahren lassen kann, und nicht nöthig hat, seine Knechte ganze Nächte in der Stadt ohne jede Luftzufuhr und mit dem Risiko, nach allen Richtungen durch sie beschädigt zu werden, sich umherreiben zu lassen, wird gern den Preis von 15 Sgr. für die Fuhre bezahlen, selbst wenn ihm bekannt wäre, daß in die Gruben auch der Inhalt der Klosets ausgegossen wird. Der landwirthschaftliche Werth des letzteren wird von Manchen weit unterschätzt.

Wenngleich er nicht unter allen Umständen werth ist, auf weitere Strecken verfahren zu werden, so wird er beim Mischgedung in der angegebenen Art verwendet, immer noch erhebliche Vortheile gewähren. Das Wasser wird bei längerer Lagerung in der mehrentheils trocknen Masse verduunten und seinen ammoniakalischen Gehalt darin wenigstens theilweise zurücklassen, so daß ein noch ziemlich werthvoller Dünger übrig bleibt, den der Landmann schon deshalb kaufen würde, weil er sich bequem behandeln läßt und auf gewöhnlichen Wägemagen zu fahren ist.

In diesem Betracht wäre die Abfuhr ein rentables Unternehmen, an das heranzutreten sich kein praktischer Kopf zu scheuen hätte. Will sich aber dennoch kein Privatunternehmer finden, so halten wir den Magistrat für den Verpflichteten, den, abgesehen von der finanziellen Seite des Unternehmens, sanitätsliche Rücksichten zwingen müssen, einem Zustande, wie der jetzige, bei welchem, namentlich in den enger gebauten Stadttheilen, ein wirklicher Nothstand herrscht, ein baldiges Ende zu machen.



## Bermischtes.

\* Am 28. März c. verstarb zu Brandenburg a. d. S. der letzte der 12 Oberjäger vom Rügen'schen Freikorps, Veteran Elsner, der den am 26. August 1813 im Gefecht bei Gadebusch gefallenen Theodor Körner zu Grabe getragen. Derselbe hatte zur 50jährigen Gedenkfeste des Gefallenen am 26. August 1863 in Wöbbelin bei Ludwigslust in seinem 70. Jahre in vollständiger früherer Rügen'scher Uniform und Gepäc vier Stunden in der größten Hitze am Grabe desselben die Ehrenwache übernommen. Bei seinem Begräbnis, den 31. März, gab ihm der Krieger- und Landwehrverein und ein zahlreiches Privatgefolge das letzte Geleit.

\* Alle bisher in deutschen Zeitungen umlaufenden Gerüchte über die Theaternovize Frau von Radomski geb. Dönniges, erledigen sich dahin, daß dieselbe nach dem Abgange des Hrn. Theodore Mundt von den vereinigten Theatern zu Koburg-Gotha, ebendasselbst ihre Laufbahn beginnt.

\* Von der Pariser Ausstellung. Dem „Pester Lloyd“ wird von seinem Pariser Korrespondenten Michael Klapp folgende, die österreichischen Verhältnisse charakterisierende Anekdote geschrieben: „Bei seinen Rundgängen im Ausstellungslokal kam der Kaiser eines schönen Tages in dieser Woche auch in die österreichische Abtheilung. Er besah die Fortschritte der Dekoration und wirft auf einen Blick auf die gehäuftesten Kissenangelegenheiten. Blöthig steht er vor einer der Ueberschriften, die diese Kissen alle haben und die Aufschluß geben über deren Inhalt, still und lächelt. Der in der Nähe weilende Gruppeninspektor tritt etwas näher. Der Kaiser, auf die Aufschrift einer Kiste deutend, sagt zu dem Inspektor in deutscher Sprache: „Das soll wohl heißen: Adelsberger Grotten-Verwaltung? Glauben Sie nicht auch?“ — „Sich für den Mann, der die Aufschrift anfertigen ließ, wohl etwas schämend, schwingt der Gruppen-Inspektor still. Was, meinen Sie, stand auf der Kiste, die eine große Troppsteinbildung enthält, angeschrieben?“ — „Adelsberger Krotten-Verwaltung!“ „Köstlich!! Meine eigenen Augen haben die Aufschrift noch gesehen und ich bitte Sie, die Geschichte als buchstäblich wahr zu betrachten. Die Adelsberger „Krotten“ sind dem Kaiser der Franzosen eher aufgefallen, als vielleicht einem der vielen angestellten und nicht angestellten deutschen Herren, die tagtäglich auf der österreichischen Abtheilung umhergehen. Was das beweist? Daß ein Mann auf dem Throne Frankreichs sitzt, der seine deutsche Orthographie, die er in der Schweiz und in Augsburg gelernt, noch nicht vergessen, daß aber in dem deutschen Adelsberg Leute bei der Grotten-Verwaltung sind, die „Krotten-Verwaltung“ anstatt Grotten-Verwaltung selbst schreiben oder unrichtig schreiben lassen. Die Thatsachen sind wohl interessant.“

\* Das Hamburg-Newyorker Post-Dampfschiff „Saxonia“, Kapitän Haack, welches am 17. März von Hamburg und am 20. März von Southampton abgegangen, ist nach einer ausgezeichnet schnellen Reise von 10 Tagen 22 Stunden am Sonntag, den 31. März, Abends 9 Uhr, wohlbehalten in Newyork angekommen.

## Die Kranken-Heilanstalten und ihre Pflege-Methode.

Die Kranken-Heilanstalten bedürfen zur Heilung ihrer Patienten zweierlei: Arzneien und Heilmittel, die ersteren für bestimmte kranke Theile, die letzteren für den ganzen Körper ihrer Kranken und Konvaleszenten. Diese letzteren Genussmittel sind meistens die Höff'schen Malzfabrikate, welche gegen die Affektionen der Ernährungs-, wie der Athmungsorgane angewandt werden und überraschend günstige Resultate hervorbringen. Den Hunderten von öffent-

lichen Heilanstalten, die diese Höff'schen Malzfabrikate regelmäßig benutzen, treten immer mehr hinzu, wie z. B. das folgende Schreiben ergibt: „An Herrn Hoflieferanten Johann Hoff zu Berlin, Neue Wilhelmstr. 1. Tauer, 31. Januar 1867. „Ich bitte um weitere Zusendung von 60 Flaschen Ihres Malz-extrakt-Gesundheitsbieres an das hiesige Kreis-Krankenhaus. „Schönermark.“ — Die Höff'sche Malz-Gesundheits-Chokolade, deren heilkräftige Wirkung überraschend schnell hervortritt, verdankt ihre außerordentliche Nachfrage auch noch ihrem ausnehmend lieblichen Geschmack. Geschmack und Sanitätskraft haben ihr den Eingang in viele öffentliche Heilanstalten verschafft. Der Oberarzt des St. Petersburger Hospitals sagte (am 18. November 1866): „Die Wirkung der Höff'schen Malz-Gesundheitschokolade und Malzchokoladenpulver ist auffallend schnell und erfreulich; es kann dieser wichtigen Erfindung nicht genug Anerkennung gezollt werden.“ — Der königliche Oberarzt Dr. Weinschenk im Invalidenhause zu Stolp äußerte: „Die Brustmalz-Bonbons haben sich bei katarrhalischen Brust- und Halskrankheiten vorzüglich bewährt, das Chokoladenpulver habe ich sowohl bei Säuglingen, denen es an mütterlicher Nahrung fehlte, als auch bei älteren an Gefrüh-schwindsucht leidenden Kindern mit vorzüglichem Erfolge angewendet; die Malz-Gesundheits-Chokolade hat entkräftete Personen in unerwartet kurzer Zeit gestärkt und hergestellt.“

Aus Privatkreisen laufen täglich Anerkennungs-schreiben wegen der Höff'schen Malzfabrikate ein, wie die folgenden:

Hammelpfing bei Templin, 31. Jan. 1867. Ich bitte jetzt um die doppelte Quantität des Malzextrakt-Gesundheitsbieres, welches meiner Frau sehr gute Dienste geleistet. Dieselbe war von der Cholera genesen, aber sehr entkräftet. Von allen angewandten Mitteln haben Ihr Malz-extrakt-Gesundheitsbier und Ihre Malz-Gesundheitschokolade ihr am meisten wohlgethan, sie am besten gekräftigt, besonders hat die Chokolade sehr kräftig und heilsam auf den Husten gewirkt, und bitte um gefällige Uebersendung einer doppelten Portion der Chokolade.

Dr. C. Gilmelster, Pfarrer. „Mohrin, 31. Januar 1867. Da meine Kinder leidend sind, so ist mir gerathen worden, mich Ihren vortrefflichen Heilmitteln zuzuwenden, und ersuche ich Sie um Zusendung von Ihrer Malzgesundheitschokolade und Ihrem Malzchokoladenpulver etc.

H. Wähle, Ackerbürger.“ Vor Fälschung wird gewarnt! Von den weltberühmten patentirten und von Kaisern und Königen anerkannten Johann Hoff'schen Malzfabrikaten: Malz-Extrakt-Gesundheitsbier, Malz-Gesundheits-Chokolade, Malz-Gesundheits-Chokoladen-Pulver, Brustmalz-Zucker, Brustmalz-Bonbons, Bademalz etc., halten stets Lager in Posen die Herren Gebr. Plessner, Markt 91., General-Niederlage, und Herrmann Dietz, Wilhelmstraße 26.; in Wologrowitz Herr Th. Wohlgemuth; in Rentomhsel Herr Ernst Tepper.

## Inserate und Börsen-Nachrichten.

### Bekanntmachung.

Im Auftrage des königlichen Provinzial-Steuer-Direktors zu Posen werden wir noch einmal, und zwar im Dienstgelasse des königlichen Steueramts zu Stenzewo

am 29. April d. J.

Nachmittags 2 Uhr

die Schausseegeld-Erhebung der Hebestelle zu Rosnowo-Hanland, zwischen Posen und Stenzewo, an den Meistbietenden mit Vorbehalt höherer Aufschlages vom 1. Juni d. J. ab zur Pacht ausstellen. Nur dispositionsfähige Personen, welche vorher mindestens 150 Thlr. baar oder in annehmbaren Staatspapieren bei dem Steueramt zu Stenzewo zur Sicherheit niedergelegt haben, werden zum Bieten zugelassen. Die Pachtbedingungen sind bei uns im Registraturzimmer und bei dem Steueramt zu Stenzewo von heute ab während der Dienststunden einzusehen.

Posen, den 5. April 1867.

Königliches Haupt-Steuer-Amt.

### Bekanntmachung.

Es sollen circa 250 Haufen Strauch, welche beim Ausholzen des Glacis auf der Encinte Winary gewonnen sind, auf Ort und Stelle öffentlich meistbietend gegen sogleich baare Bezahlung verkauft werden. Der Termin hierzu beginnt

Freitag den 12. d. M.

Vormittags 9 Uhr

am Schillingsthor und wird in den folgenden Tagen, mit Ausschluß des Sonntags, bis zur vollständigen Beendigung des Verkaufs fortgesetzt.

Posen, den 9. April 1867.

Königl. Festungsbaudirektion.

### Bekanntmachung.

Das der hiesigen Kammerei gehörige Rittergut Zbrudzewo, exklusive der Forst, bestehend aus 1734 Morgen 2 Quadrat-Ruthen Magdeburgischer Areal, worunter 1200 Morgen 103 Quadrat-Ruthen Acker, 269 Morgen 85 Quadrat-Ruthen Wiesen und 168 Morgen 89 Quadrat-Ruthen raume Sichtung sich befindend, soll von Johannis 1867 ab auf 12 hintereinanderfolgende Jahre meistbietend verpachtet werden. Zu diesem Behufe steht

auf den 14. Mai c.

Nachmittags 3 Uhr

in unserem Bureau Termin an, zu welchem Pachtlustige eingeladen werden.

Die Vindications- Bedingungen können täglich in der Zeit von 9 bis 12 Uhr Vormittags und von 3—6 Uhr Nachmittags in unserem Bureau eingesehen werden.

Als Bieter kann nur derjenige zugelassen werden, welcher eine baare Kaution von 1500 Thlr. deponirt.

Das Gut liegt unmittelbar an der Posen-Krotzschiner Chaussee, ist 5 1/2 Meile von Posen, 2 1/2 Meile von der Gumpiner Eisenbahn und 1/2 Meile von der Kreisstadt Schrimm entfernt.

Die Stadt Schrimm ist eine Garnison- und Gymnasialstadt und mit einem Chaussee-Neg nach verschiedenen Richtungen durchzogen.

Da das Gut dicht an der Warthe gelegen ist, so sind die Wiesen und Sütungen bei Hochwasser

der Frühjahr-Ueberschwemmung ausgesetzt und liefern deshalb reichlichen Ertrag.

Mit der Anweisung der Pertinenzien des Gutes zur Einnahme des Lugscheins an Ort und Stelle ist der städtische Förster, der auf dem Gute wohnt und von 12 bis 1 Uhr Mittags stets einheimisch ist, beauftragt worden.

Schrimm, den 9. April 1867.

Der Magistrat.

### Bekanntmachung

eines Subhastations-Termins.

Freiwilliger Verkauf.

Das Kreisgericht zu Schroda,

II. Abtheilung.

Das in der Stadt Krotzsch unter der Hypotheken-Nummer 130. belegene, den Erben der Nicolas und Margaretha Dutkiewicz'schen Eheleute gehörige Grundstück, bestehend aus Wohnhaus, Stallung, einem Garten am Hause und einem Feldgarten, abgetheilt auf 826 Thlr. 28 Sgr. soll theilungshalber in dem

am 3. Mai 1867

Vormittags 11 Uhr

vor der königlichen Gerichtsstags-Kommission in Krotzsch anstehenden Termine öffentlich an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Kaufbedingungen werden im Termine bekannt gemacht werden.

Porzellan-Auktion!

Freitag den 12. d. M. früh von 9 Uhr ab werde ich im Laden, Wasserstraße Nr. 30. (Marktsche) Porzellan-Waaren u. Tischgeräthe, Stahl- und Neusilber-Waaren etc. öffentlich versteigern.

Manheimer, kgl. Auktionskommissar.

Nachlaß-Auktion.

Freitag den 12. April c. Vormittags von 9 und Nachmittags von 3 Uhr ab werde ich Breslaustraße Nr. 19. eine Treppe hoch die zum Magdalena u. Rogalska'schen Nachlaß gehörigen Gegenstände, und zwar: gut erhaltene mahagoni und birchene u. f. w. Möbel, als: Tische, Stühle, Kommoden, Sopha's, Ottomanen, Kleider-, Wasch- und Küchen-Spinde, Schreib-Sekretair, Trumeaux, Fauteuil, Teppiche, Bilder, Betten, Steppdecken, Wäsche, Kleidungsstücke, Schawltücher, Glas, Porzellan, Haus u. Wirtschaftsgeschirre, öffentlich meistbietend gegen gleich baare Zahlung versteigern.

Bychlewski,

königl. Auktions-Kommissarius.

Einem geehrten Publikum zeige ich ergebenst an, daß ich hierorts in meinem Hause, Warschauerstraße, ein Hôtel unter der Firma: „Hôtel de Varsovie“ eingerichtet habe und Sonntag den 14. d. Mts. dasselbe eröffnen werde.

Gnesen, den 9. April 1867.

Franz Xaver Radomski.

### Beachtenswerth!

Unterzeichneter besitzt ein vortreffliches Mittel gegen nächtliches Bettwässen, sowie gegen Schwächezustände der Nierenblase und Geschlechtsorgane. Auch finden diese Kranke Aufnahme in des Unterzeichneten Heilanstalt.

Spezialarzt Dr. Kirchhoffer

in Kappel bei St. Gallen (Schweiz).

## Bad Landeck

in Preuß. Schlesien (Graßsch. Glaz).

Die alkalisch-salinen Schwefelbäder von 23 1/2 Grad Reaumur zu Landeck, nebst 2 Trinkquellen, einer Mollen-Trinkfontäne mit verschiedenen Arten Mollen, einem Moorbad und einem Inhalationsbade, durch ihre vortreffliche und heilsame Wirkung bei chronischen Nervenleiden und bei den verschiedenen Störungen in der weiblichen Sexualsphäre allgemein anerkannt, werden am 6. Mai c.

eröffnet. Im Jahre 1865 von mehr als 4000 Fremden besucht, erfreute sich selbst im vorigen Jahre der Kurort eines verhältnißmäßig starken Besuchs, indem derselbe bis Ende November von über 1600 Kurgästen frequentirt wurde, darunter mehrere hundert Verunfugte, welche in hiesigen Quellen Heilung ihrer Wunden und heilsame Stärkung fanden.

Landeck, im März 1867.

Der Magistrat.

## Öffentlicher Dank eines Brustkranken.

Nach einem starken Ansturz bildeten sich alle Leiden der Schwindsucht, besonders Schmerzen in der Brust, Husten und Auswurf immer mehr aus und dauerten trotz aller ärztlichen Hülfe in gleichem Grade fort, so daß ich schon alle Hülfe vergeblich halten mußte. In meiner Verzweiflung wandte ich mich an den als Brustarzt so vielfach berühmten Herrn Dr. Reimann zu Berlin, Schützenstraße 30., welcher mich auch in kurzer Zeit, bloß durch Korrespondenz, ohne daß mich derselbe gesehen, vollständig geheilt hat, welches ich freudigen Herzens veröffentliche, damit noch viele Kranke ihre Heilung durch diesen berühmten Arzt finden mögen.

Ludwigslust.

Müller, Kaufmann.

Zwei Güter im Kreise Mogilno, im Flächen-inhalte von 2200 und resp. 1200 Morgen, sollen zusammen oder auch einzeln verpachtet werden. Das Nähere ist zu erfahren bei dem Rechtsanwalt Junczeki in Posen.

Landgüter Verkauf jeder Größe weist zum Rechnungsgrath a. D. Ehrhardt, kl. Ritterstraße Nr. 7.

Eine Bäckerei in Schrimm ist sofort zu verpachten. Näheres beim Kaufmann Emil Siewerth in Schrimm.

Brischen Portland-Cement empfing und empfiehlt zum billigsten Preise.

Carl Hartwig,

Wasserstraße 17.

Nicht zu übersehen!

Besten Gogoliner Baukalk versendet nach jeder beliebigen Bahnstation prompt

das Expeditionsbureau zu Gogolin (Ober-Schlesien).

Herm. Jaroschek.

## Angelommene Fremde

vom 11. April.

HOTEL DU NORD. Die Gutsbesitzer v. Dollma aus Polen, v. Wolniewicz aus Dembitz und Frau v. Jaraczewska aus Gluchowo, Schauspieler Süßich aus Berlin.

STERN'S HOTEL DE L'EUROPE. Die Rittergutsbesitzerin Frau v. Roszjenska und Bräul. v. Gutowska aus Zembowo, die Kaufleute Reimann aus Breslau, Riger, Bergog und Rentier Brieben aus Berlin, Maurermeister Bessler aus Breslau.

SCHWARZER ADLER. Die Gutsbesitzer Bechner aus Carbinowo und Frau v. Boge nebst Familie aus Dorf-Dstrowo, Rentier v. Wodpol aus Mogalin, Rittergutsbesitzer v. Slawosjewski und Frau Brantowska aus Mstajewo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer v. Kalkowski aus Polen, Frau v. Parzewska aus Bello, Berth aus Stieglitz und v. Wajdyminski aus Dobscho, die Kaufleute Brasch aus Birnbaum und Hl. Bauer aus Neustadt.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Kaufleute Maruse aus Schwerin a. W., Hughes und Abraham aus Hamburg, Moriz aus Berlin, Samner aus Coblenz und Gerlach aus Breslau, Administrator Hier aus Tarnowo, Teleg. Direkt. Nath Gude aus Berlin, die Rittergutsbesitzer v. Treskow aus Madojewo, Jacobi aus Trzcionia und Hermann aus Sotolnik.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Klose aus Berlin, Kagner aus Bremen und Mayer aus Stargard, Rittermeister Bothe aus Süllichau, Lithograph Cohn aus Breslau, Inspektor Wegehaupt aus Waldau und Gutsbesitzer Löser aus Witzig.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Delhaes aus Swiaczyn, Lehmann aus Nitsche, Rohrmann aus Pogorzella, Graf Potworowski aus Chlapowo und v. Gromadzinski aus Przyborowlo, Stud. jur. v. Dziembowski aus Vobelowitz, Eigenthümer v. Laszarski aus Kobylec, die Kaufleute Rügner und Löwy aus Breslau, Schmidt aus Lissa, Deichert aus Berlin, Sehlmacher aus Hamburg und Behrens aus Litzau.

HOTEL DE BERLIN. Die Kaufleute Noa aus Dresden, Wittowski aus Trzemeszno, Wacher aus Lissa, Puls aus Breslau, Prange aus Ludwigs-lust, Dietrich aus Samter, Bedner aus Manheim, Zimmermann und Jakob aus Berlin, die Rittergutsbesitzer Mittelstädt aus Kalisch, v. Laszarski aus Mleze, v. Kropinski aus Orchow, Laschke aus Babin Treppmacher aus Wulla und Jauernik aus Nagradomice, die Landwirth v. Preßentin aus Lissa und Cochius aus Breslau, Probst George aus Mochin.

BAZAR. Die Gutsbesitzer Graf Wielzynski aus Kazmierz, Baranowski aus Marzewo, Wlozjowski aus Przecław und Graf Wielzynski aus Chobienice, Rosjanski aus Biargowo, Rosjenski aus Stempuchowo, Bych-linski aus Mazarzewo, Kefowski aus Kosjutz, Kierski aus Podstolice, Graf Potulicki aus gr. Jezioro, Niemojewski aus Slinniki.

HOTEL DE PARIS. Die Gutsbesitzer Dobrogowski aus Bistupice, Frau Dobrogowska aus Orzechowo und v. Kalkowski aus Pacholewo, Probst Rubicki aus Kitzowo.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Kunz aus Kions, Caro aus Berlin, Fraustädter aus Janowitz, Samter aus Strzelno, Kuttner aus Breschen und Soachymczyk aus Jarocin, Gutsbesitzer Sidost aus Budzilowo, Wirthschafts-Inspektor Przybilski aus Chlapowo.

EICHBORN'S HOTEL. Die Kaufleute Szybilski aus Pleßchen und Jonas aus Rogasen, Museenbesitzer Willardt aus Schivelbein.

## Bekanntmachung.

Der zu Königsberg in Preußen gegründete

## Pferdemarkt

am 27., 28. und 29. Mai d. J.

abgehalten werden.

Die berühmtesten Gestüte Ostpreußens und Littauens führen Pferde des edelsten Blutes auf diesen Markt; er bietet daher jedem Käufer die reichlichste Auswahl.

Für die Bequemlichkeit der Käufer und Transportmittel auf der Ostbahn ist gesorgt.

Königsberg in Pr., im März 1867.

## Das Comité für den Pferdemarkt.

v. Bardeleben, Rittergutsbesitzer auf Kinau.	v. Gottberg, Rittergutsbesitzer auf Wulfshöfen.	v. d. Gröben, Rittergutsbesitzer auf Rippen.
Baron v. d. Goltz, Rittergutsbesitzer auf Kallen.	v. Zander, Oberstlieutenant z. D.	

## Oberschlesische Steinkohlen.

Den vielfachen an uns ergehenden Anfragen wegen Kohlenbestellung zu begegnen, machen wir hierdurch bekannt, daß wir dem Kaufmann Herrn E. Sachs in Kat-towitz den Verkauf der Kohlen aus den

Gräfl. Hensel von Donnersmark'schen Steinkohlen-Gruben Eugeniensglück, Carlshoffnung, Hugoßwang, Gottesfegen und Carl übertragen haben.

Wir erlauben wegen Ankaufs quä. Kohlen ausschließlich mit Herrn E. Sachs in Kattowitz zu unterhandeln.

Carlshof bei Tarnowitz O. S., den 1. September 1866.

Die Gräfl. Hensel von Donnersmark'sche Güter-Direktion.

Auf obige Anzeige Bezug nehmend, erlaube ich ergebenst um gütige Zusendung von Aufträgen und sichere reellste und prompteste Bedienung zu.

E. Sachs.

## Annaberger Gebirgs-Kalk.

Bei begonnener Bauaison erlauben wir uns, den geehrten Baumeistern und Bauunter-nehmern unsern herzlichsten Dank zu sagen.

## Oberschlesischen Gebirgskalk

zu empfehlen, und bitten Aufträge, wie früher, an unsern dortigen Vertreter

Herrn Carl Hartwig, Wasserstraße Nr. 17.,

gelangen zu lassen.

Annaberger Gebirgskalk-Verein.

Bezugnehmend hierauf erlaube ich freundlichst, mir Aufträge, deren stets sorgfältigste Effectuirung ich versichern kann, nach allen Bahnhaltungen mir recht zahlreich und möglichst rechtzeitig zugehen lassen zu wollen.

Ebenso halte stets frisches Lager waggon- und tonnenweise zum billigsten Preise

ab Bahnhof Posen und Wasserstraße 17.

Auch übernehme ich den Weitertransport des Kalkes auf chausseierten Wegen durch eigene

Gespänne zum mäßigsten Frachtsatze.

Carl Hartwig.







Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 52-66 Rt. nach Qualität, Futterwaare do.

Rüböl loco pr. 100 Pfd. ohne Faß 10 1/2 Rt. Br., per diesen Monat 10 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, April-Mai do., Mai allein 10 1/2 b<sub>3</sub>, Mai-Juni 10 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, Juni-Juli 10 1/2 b<sub>3</sub>, Septbr.-Oktbr. 11 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>.

Leinöl loco 13 1/2 Rt. Br.  
Spiritus pr. 8000 % loco ohne Faß 16 1/2 Rt. b<sub>3</sub>, per diesen Monat 16 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., April-Mai do., Mai-Juni 16 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, Br. u. G., Juli-August 17 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., August-Septbr. 17 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Septbr.-Oktbr. 17 1/2 a 1/2 b<sub>3</sub>, Br. u. G.

Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/2-5 3/4 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/2-4 3/4 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/2-4 3/4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 1/2-3 3/4 Rt. b<sub>3</sub>, pr. Cir. unversteuert.

Stettin, 10. April. [Amtlicher Bericht.] Wetter: Trübe, + 5° R. Barometer: 27.9. Wind: SW.

Weizen Anfangs steigend, schließt flau und niedriger, loco p. 85 Pfd. gelber und weißer 85-92 Rt., geringer 77-84 Rt., 83/85 Pfd. gelber pr. Frühjahr 88 1/2, 89 b<sub>3</sub>, 88 1/2 Br., Mai-Juni 88 1/2 b<sub>3</sub>, 87 1/2 Br., Juni-Juli 86 1/2 bis 87, 86 1/2 b<sub>3</sub>, 86 1/2 Br., Juli-August 85 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 80 b<sub>3</sub>, u. G. Roggen fest, p. 2000 Pfd. loco 53-56 Rt., pr. Frühjahr 54, 54 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Mai-Juni 54 b<sub>3</sub>, 54 1/2 Br., Juni-Juli 54 1/2 b<sub>3</sub>, Juli-August 53 1/2 b<sub>3</sub>, Septbr.-Oktbr. 51 1/2 Br. u. G.

Serfe ohne Umfag.  
Hafer loco p. 50 Pfd. 29 1/2-30 1/2 Rt., p. 47/50 Pfd. pr. Frühjahr 31 Br. Wicken loco 45-47 Rt.

Angemeldet: 50 Wispel Roggen, 50 Wispel Hafer, 500 Cir. Rüböl.

Heutiger Landmarkt:  
Weizen . . . . . 84-91  
Roggen . . . . . 53-56  
Serfe . . . . . 43-46  
Hafer . . . . . 26-30  
Erbsen . . . . . 52-56 Rt.  
Heu 20 Egr. bis 1 Rt., Stroh 6-7 Rt.  
Kartoffeln 20-24 Egr.

Rüböl Anfangs niedriger, Schluß fester, loco 11 Rt. Br., pr. April-Mai 10 1/2, 11 1/2 b<sub>3</sub>, 11 1/2 Br., Mai 10 1/2 b<sub>3</sub>, 10 1/2 Br., Septbr.-Oktbr. 11 1/2 Br. Spiritus niedriger, Schluß fester, loco ohne Faß 16 1/2 Rt. b<sub>3</sub>, pr. Frühjahr (gestern noch 16 1/2 b<sub>3</sub>), 16 1/2, 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Mai-Juni 16 1/2 b<sub>3</sub>, Juni-Juli 16 1/2 b<sub>3</sub>.

Breslau, 10. April. [Produktenmarkt.] Wind: West. Wetter: Veränderlich, früh 3° Wärme. Barometer: 27 3/4. Bei nicht ganz zulänglichen Angeboten und vermehrter Kauflust zeigte sich am heutigen Markte feste Stimmung vorherrschend, bei der theilweise höhere Forderungen bewilligt wurden.

Weizen war insbesondere in gelber Waare gut beachtet und im Preise steigend, wir notiren p. 84 Pfd. weißer 83-96 Egr., gelber 83-95 Egr., feinsten 2-3 Egr. über Notiz.

Roggen bei sehr fester Haltung p. 84 Pfd. 69-71 Egr., feinsten über Notiz bezahlt.

Serfe fand wenig Beachtung, wir notiren p. 74 Pfd. 48-54 Egr., beste Qualitäten werden mit 58-60 Egr. bezahlt.

Hafer fest, wir notiren p. 50 Pfd. 34-36 Egr., feinsten 37 Egr. bez.

Hülserfrüchte. Roggenbrenn wurden mehrseitig beachtet, 65-68 Egr., Futtererbsen a 58-60 Egr. p. 90 Pfd.

Wicken stark offerirt, p. 90 Pfd. 52-58 Egr.

Bohnen ohne Frage, p. 90 Pfd. 70-90 Egr., feinsten über Notiz.

Lupinen angeboten, der Umfag blieb belanglos, p. 90 Pfd. gelbe 40-44 Egr., blaue 40-45 Egr.

Buchweizen angeboten, wir notiren p. 70 Pfd. 50-56 Egr.

Deisaaten schwach beachtet, jedoch preishaltend, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto Wintererbsen 168-180 Egr., Wintererbsen schief 188-202 Egr., galiz. 172-192 Egr., Sommererbsen 148-162 Egr., Lein-dotter fand wenig Beachtung, a 146-156 Egr., Schlaglein etwas mehr gefragt, wir notiren p. 150 Pfd. Brutto 5 1/2-6 1/2 Rt., feinsten über Notiz bezahlt.

Hanffamen p. 60 Pfd. a 46-48 Egr.

Hapsfaden beachtet, wir notiren a 50-53 Egr. p. Ctr.

Kleesaat bewahrt bei belanglosem Umfag ruhigen Geschäftsverfahrs, wir notiren roth Saat bei schwacher Frage ord. 12-14 Rt., mittel 14 1/2-16 Rt., fein 17-18 1/2 Rt., hochf. darüber bez., weiß in fester Haltung, ord. 19-21 Rt., mittel 22-25 Rt., fein 26 1/2-27 1/2 Rt., hochf. 28 Rt. und darüber zu bedingen.

Thymothee schwach gefragt, 11-12 1/2 Rt. pr. Ctr.

Kartoffeln reichlich angeboten, a 24-36 Egr. pr. Ctr. a 150 Pfd.

Breslau, 10. April. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Kleesaat rothe, unverändert, ordin. 12-13, mittel 14-15, fein 16-17, hochf. 18-18 1/2. Kleesaat weiße, wenig Geschäft, ordin. 17-20, mittel 21-23, fein 25-26, hochf. 27-28.

Roggen (p. 2000 Pfd.) höher, gef. 1000 Ctr., pr. April 55 1/2-56 b<sub>3</sub>, April-Mai 54 1/2-55 b<sub>3</sub>, Mai-Juni und Juni-Juli 54 1/2 b<sub>3</sub>, Juli-August 52 1/2 b<sub>3</sub>.

Weizen pr. April 75 1/2 Br.

Serfe pr. April 50 1/2 Br.

Hafer pr. April 46 Br.

Haps pr. April 93 Br.

Rüböl niedriger, gef. 200 Ctr., loco 10 1/2 Br., pr. April und April-Mai 10 1/2 b<sub>3</sub>, Mai-Juni 10 1/2 b<sub>3</sub>, August-Septbr. 10 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Septbr.-Oktbr. 11 1/2 b<sub>3</sub>, 11 1/2 Br.

Spiritus etwas matter, gef. 15,000 Quart, loco 16 1/2 Br., 16 1/2 b<sub>3</sub>, pr. April und April-Mai 16 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Mai-Juni 16 1/2 b<sub>3</sub>, u. G., Juni-Juli 16 1/2 b<sub>3</sub>, Juli-August 17 b<sub>3</sub>.

Sink ohne Umfag.

Die Börsen-Kommission.

Preise der Cerealien.  
(Festsetzungen der polizeilichen Kommission.)  
Breslau, den 10. April 1867.

	feine	mittel	ord. Waare.
Weizen, weißer	95-97	91	85-86 Egr.
do. gelber	93-96	90	83-86
Roggen	—	71	70-69
Serfe	57-59	54	50-52
Hafer	—	37	34-35
Erbsen	67-70	64	56-60

Notirungen der von der Handelskammer ernannten Kommission zur Feststellung der Marktpreise von Raps und Rüben.

Raps	200	190	170 Egr.
Rüben, Winterfrucht	190	180	160
do. Sommerfrucht	160	150	140
Dotter	158	148	136

(Bresl. Sdl.-Bl.)

Magdeburg, 10. April. Weizen 80-81 Rt., Roggen 59-60 1/2 Rt., Serfe 46-54 Rt., Hafer 28-30 Rt.

Kartoffelspiritus. Lokowaare behauptet und schwach angeboten, Termine sehr flau. Loco ohne Faß 17 1/2 Rt. b<sub>3</sub>, pr. April, April-Mai und Mai-Juni 17 Rt., Juni-Juli 17 1/2 Rt., Juli-August 17 1/2 Rt., August-Septbr. 17 1/2 Rt. pr. 8000 pCt. mit Uebernahme der Gebinde a 1 1/2 Rt. pr. 100 Quart.

Rübenspiritus weichend und fast geschäftslos. Loco 16 1/2 Rt. b<sub>3</sub>, pr. Juni-Septbr. 16 1/2 Rt. (Magdb. Btg.)

Bromberg, 10. April. Wind: W. Witterung: Veränderlich. Morgens 3° Wärme. Mittags 2° Wärme.

Weizen 124-128 Pfd. holl. (81 Pfd. 6 Lth. bis 83 Pfd. 24 Lth. Bollgewicht) 69-74 Lth., 129-131 Pfd. holl. (84 Pfd. 14 Lth. bis 85 Pfd. 13 Lth. Bollgewicht) 76-80 Lth. Feinste Qualität 2 Lth. über Notiz.

Roggen 122-125 Pfd. holl. (80 Pfd. 16 Lth. bis 81 Pfd. 25 Lth. Bollgewicht) 52-53 Lth.

Große Serfe 41-43 Lth., feinste Qualität 1-2 Lth. über Notiz.

Futtererbsen p. Wpl. 45-50 Lth. Roggenbrenn bis 52 Lth.

Hafer p. Schfl. 25-30 Egr.

Spiritus 16 1/2 Lth. p. 8000 % Tr. (Bromb. Btg.)

### Telegraphische Börsenberichte.

Hamburg, 10. April, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreide markt. Weizen und Roggen loco fest, aber ruhig, auf Termine fest bei beschränktem Geschäft. Weizen pr. April 5400 Pfd. netto 159 Banthaler Br., 158 Bd., pr. Frühjahr 157 Br., 156 Bd. Roggen pr. April 5000 Pfd. Brutto 96 Br., 94 Bd., pr. Frühjahr 94 Br. u. Bd. Hafer sehr ruhig. Del flau, weichend, loco 24 1/2, pr. Mai 24 1/2, pr. Oktober 25 1/2. Spiritus überwiegend angeboten, 22 1/2. Kaffee und Zink ohne Umfag. — Wetter Veränderlich.

London, 10. April. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Weizen fest zu vollen Montagspreisen verkauft, von englischen geringe, von fremden mäßige Zufuhren. Hafer fest. — Schönes Wetter.

Amsterdam, 10. April. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen ruhig. Roggen 2 Rt. höher. Rüböl pr. Mai 36 1/2, pr. Oktober-Dezbr. 38 1/2.

Liverpool (via Haag), 10. April, Mittags. (Von Springmann & Comp.) Baumwolle: 8000 Ballen Umfag. Ruhiger Markt. Middling Amerikanische 12 1/2, middling Orleans 12 1/2, fair Dholerah 10 1/2, good middling fair Dholerah 10 1/2, middling Dholerah 10, Bengal 8, good fair Bengal 8 1/2, Domra 11, Pernam 13 1/2.

### Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1867.

Datum.	Stunde.	Barometer 195' über der Erde.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
10. April	Nachm. 2	27" 6"	62	+ 4° 3	N 2-3 trübe. Regen.
10. "	Abnds. 10	27" 9"	43	+ 2° 3	SW 0-1 bedekt. Regen.
11. "	Morg. 6	27" 8"	12	+ 2° 7	SW 0-1 trübe. St. Ou.

### Wasserstand der Warthe.

Posen, am 10. April 1867 Vormittags 8 Uhr 10 Fuß 8 Zoll.  
11. " " " 10 " 8 "

### Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 10. April 1867.

#### Preussische Fonds.

Freiwillige Anleihe 4 1/2	96 1/2 b <sub>3</sub>
Staats-Anl. 1859 5	100 b <sub>3</sub>
do. 54, 55, 57 1/2	96 b <sub>3</sub>
do. 56 1/2	96 b <sub>3</sub>
do. 1859, 1864 4 1/2	96 b <sub>3</sub>
do. 50, 52 conv. 4	87 b <sub>3</sub>
do. 1853 4	87 b <sub>3</sub>
do. 1862 4	87 b <sub>3</sub>
Präm.-St.-Anl. 1855 3 1/2	117 b <sub>3</sub>
Staats-Schuldch. 3 1/2	80 b <sub>3</sub>
Kur-u-Reum-Schuldch. 3 1/2	101 b <sub>3</sub>
Berl. Stadt-Obl. 4 1/2	96 b <sub>3</sub>
do. do. 4 1/2	96 b <sub>3</sub>
do. do. 4 1/2	99 b <sub>3</sub>
Kur-u-Reum-Obl. 3 1/2	77 b <sub>3</sub>
Märkische 4	88 b <sub>3</sub>
Ostpreussische 3 1/2	77 1/2 b <sub>3</sub>
do. 4	82 1/2 b <sub>3</sub> 4 1/2 90
Pommersche 3 1/2	—
do. neue 4	83 b <sub>3</sub>
Posenische 4	—
do. 3 1/2	—
do. neue 4	85 b <sub>3</sub>
Schlesische 3 1/2	—
do. Litt. A. 4	—
Westpreussische 3 1/2	74 1/2 b <sub>3</sub>
do. 4	81 1/2 b <sub>3</sub>
do. neue 4	—
do. do. 4 1/2	91 b <sub>3</sub>
Kur-u-Reum-Anl. 4	88 1/2 b <sub>3</sub>
Pommersche 4	88 b <sub>3</sub>
Posenische 4	88 b <sub>3</sub>
Preussische 4	88 1/2 b <sub>3</sub>
Rheinl.-Westf. 4	—
Sächliche 4	89 1/2 b <sub>3</sub>
Schlesische 4	89 1/2 b <sub>3</sub>

#### Ausländische Fonds.

Deutr. Metalliques 5	43 b <sub>3</sub>
do. National-Anl. 5	50 1/2-1/2 b <sub>3</sub>
do. 250 fl. Präm.-Dbl. 4	57 b <sub>3</sub>
do. 100 fl. Kred.-Loose 6	62 b <sub>3</sub>
do. 5 pr. Loose (1860) 5	62 1/2 b <sub>3</sub>
do. Pr.-Sch. v. 1864	39 b <sub>3</sub>
do. Sib.-Anl. 1864 5	56 b <sub>3</sub>
Italienische Anleihe 5	48 1/2-1/2 b <sub>3</sub>
5. Stieglitz Anl. 5	57 1/2 b <sub>3</sub>
do. 5	78 b <sub>3</sub>
Englische Anl. 5	84 b <sub>3</sub> u. B
Russ. Egl. Anl. 3	51 1/2 b <sub>3</sub>
do. v. 3. 1862 5	84 b <sub>3</sub>
do. 1864 5	84 b <sub>3</sub>
do. engl. 5	—
do. Pr.-Anl. 1864 5	87 1/2-88 1/2 b <sub>3</sub>
do. fl. 4	60 b <sub>3</sub>
Poln. Schag-D. 4	—
Gert. A. 300 fl. 5	90 b <sub>3</sub>
Präm. u. i. E. A. 4	54 b <sub>3</sub>
Part. D. 500 fl. 4	91 1/2-1/2 b <sub>3</sub>
Amerik. Anleihe 6	76 1/2-1/2 b <sub>3</sub>
Russ. 40 Lth. Loose 6	52 1/2 b <sub>3</sub>
Neue Bad. 35 fl. Loose 6	30 etw b <sub>3</sub>
Deutscher Präm.-Anl. 3 1/2	94 b <sub>3</sub>
Elbecker Präm.-Anl. 3 1/2	48 1/2 b <sub>3</sub> u. G

#### Leipziger Kreditb.

Leipziger Kreditb. 4	78 b <sub>3</sub> u. G
Euremburger Banl. 4	80 1/2 b <sub>3</sub>
Magdeb. Privatb. 4	92 b <sub>3</sub>
Meininger Kreditb. 4	89 b <sub>3</sub>
Moldau. Land. Bl. 4	18 b <sub>3</sub>
Norddeutsche do. 4	115 b <sub>3</sub>
Deutr. Kredit. do. 5	65 b <sub>3</sub>
Komm. Ritter. do. 4	89 b <sub>3</sub>
Pöfener Prov. Banl. 4	98 b <sub>3</sub>
Bresl. Bank-Anth. 4 1/2	145 b <sub>3</sub>
Schles. Bankverein 4	114 b <sub>3</sub>
Thüring. Banl. 4	63 1/2 b <sub>3</sub>
Vereinsh. Hamb. 4	109 1/2 b <sub>3</sub>
Weimar. Banl. 4	88 b <sub>3</sub>
Prß. Hypoth.-Verf. 4	108 b <sub>3</sub>
do. do. Certific. 4 1/2	—
do. do. (Gentel) 4 1/2	—
Genetische Cred. B. 4	—

#### Prioritäts-Obligationen.

Nachn.-Düsseldorf 4	82 b <sub>3</sub>
do. II. Em. 4	—
do. III. Em. 4 1/2	—
Nachn.-Märkische 4 1/2	60 1/2 b <sub>3</sub>
do. II. Em. 5	60 1/2 b <sub>3</sub>
Bergisch-Märkische 4 1/2	92 b <sub>3</sub>
do. II. Ser. (conv.) 4 1/2	75 b <sub>3</sub>
do. III. S. 34 (N. S.) 3 1/2	75 b <sub>3</sub>
do. Litt. B. 3 1/2	75 b <sub>3</sub>
do. IV. Ser. 4 1/2	80 b <sub>3</sub>
do. V. Ser. 4 1/2	89 b <sub>3</sub>
do. Düsseldorf. Oberf. 4	—
do. II. Em. 4 1/2	—
III. S. (Dm.-Soest) 4	83 b <sub>3</sub>
do. II. Ser. 4 1/2	—
Berlin-Anhalt 4	—
do. 4 1/2	95 b <sub>3</sub>
do. Litt. B. 4	93 1/2 b <sub>3</sub>
Berlin-Hamburg 4	—
do. II. Em. 4	—
Berl. Potsd.-Mg. A. 4	—
do. Litt. B. 4	—
do. Litt. O. 4	86 b <sub>3</sub>
Berlin-Stettin 4 1/2	—
do. II. Em. 4	82 b <sub>3</sub>

#### Berl.-Stet. III. Em. 4

Berl.-Stet. III. Em. 4	82 b <sub>3</sub>
do. IV. S. v. E. gar. 4 1/2	94 b <sub>3</sub>
Bresl.-Schw.-Fr. 4 1/2	—
Östn.-Gresfeld 4 1/2	—
Östn.-Minden 4 1/2	99 b <sub>3</sub>
do. II. Em. 5	100 1/2 b <sub>3</sub>
do. 4	—
do. III. Em. 4	—
do. 4 1/2	93 1/2 b <sub>3</sub>
do. IV. Em. 4	81 b <sub>3</sub>
do. V. Em. 4	80 b <sub>3</sub>
Gos. Oberf. (Wilsb.) 4	—
do. III. Em. 4 1/2	—
do. 1865 4 1/2	88 b <sub>3</sub>
Magdeb. Halberst. 4 1/2	94 b <sub>3</sub>
Magdeb. Wittenb. 3	65 1/2 b <sub>3</sub>
Rosco-Maglan S. g. 5	83 b <sub>3</sub>
Niederichle. Märk. 4	88 b <sub>3</sub>
do. II. c. 4	—
do. conv. 4	88 b <sub>3</sub>
do. conv. III. Ser. 4	—
do. IV. Ser. 4 1/2	—
Niederichl. Zweigb. 5	99 1/2 b <sub>3</sub>
Nordb. Fried. Wilsb. 4	—
Oberichle. Litt. A. 4	—
do. Litt. B. 3 1/2	—
do. Litt. C. 4	86 1/2 b <sub>3</sub>
do. Litt. D. 4 1/2	85 1/2 b <sub>3</sub>
do. Litt. E. 3 1/2	78 b <sub>3</sub>
do. Litt. F. 4 1/2	90 b <sub>3</sub> G 90 b <sub>3</sub>
Deutr. Französl. St. 3	233 b <sub>3</sub> u. 220
Deutr. fribl. Staatsb. 3	207 b <sub>3</sub> [b <sub>3</sub> ]
Pr. Wilsb. I. Ser. 5	—
do. II. Ser. 5	—
do. III. Ser. 5	—
Rheinische Pr. Obl. 4	—
do. v. Staat garant. 3 1/2	—
do. Prior. Obl. 4 1/2	90 b <sub>3</sub>
do. 1862 4 1/2	99 b <sub>3</sub>
do. v. Staat garant. 4 1/2	98 b <sub>3</sub>
Rheinl.-Nahew. St. g. 4 1/2	91 b <sub>3</sub>
do. II. Em. 4 1/2	91 b <sub>3</sub>
Ruhrort-Gresfeld 4 1/2	—
do. II. Ser. 4	—
do. III. Ser. 4 1/2	—
do. II. Em. 4 1/2	—

#### Starg.-Pol. II. Em. 4 1/2

Starg.-Pol. II. Em. 4 1/2	—
do. III. Em. 4 1/2	92 1/2 b <sub>3</sub>
Thüringer 4	89 b <sub>3</sub>
do. II. Ser. 4 1/2	—
do. III. Ser. 4	89 b <sub>3</sub>
do. IV. Ser. 4 1/2	—

#### Eisenbahn-Aktien.

Nachn.-Märkische 3 1/2	32 1/2 b <sub>3</sub>
Altona-Rieler 4	123 1/2-124 1/2 b <sub>3</sub>
Amsterd. Rotterd. 4	92 1/2 b <sub>3</sub>
Berg. Märk. Lit. A. 4	134-35-34 1/2 b <sub>3</sub>
Berlin-Anhalt 4	205 b <sub>3</sub>
Berlin-Hamburg 4	—
Berl. Potsd.-Magd. 4	199 1/2 b <sub>3</sub>
Berlin-Stettin 4	133 1/2-132 1/2 b <sub>3</sub>
Berlin-Südlich 4	69 1/2 b <sub>3</sub>
do. Stamm-Prior. 5	97 b <sub>3</sub> u. G
Böhm. Westbahn 5	55 b <sub>3</sub>
Bresl. Schw. Freib. 4	132 1/2 b